

Solidarität mit dem Volkskrieg in Indien

कमलकर शहादा

भारत के किसानों का आंदोलन

भारत में किसानों का आंदोलन तेज करें!

अधिकारों को खत्म करने वाले जन-भंगाल-भ्रष्टाचार-भ्रष्ट

शहीदों के सपनों को मंजिल तक पहुंचायेंगे!

हिंदु राष्ट्र निर्माण करने वाले तथा भारत के मजदूरों को ध्वस्त करें और समाज

भाज के लिए नवजात शिशु भारत विनाश करें क्रांतिकारी जन आंदोलन में

2019

C-PI (साहोवादी) - उनका सामाजिक विनाश करें

Lal Salaam



„Solidarität mit dem Volkskrieg in Indien“
3. überarbeitete Auflage 2026
Zürich

www.aufbau.org



Ausgewähltes Material

Dokumentarfilm

*Blazing Trail -
A Journey of the Indian Revolution*



Broschüre

*Internationale Debatte:
Urban Perspective CPI (Maoist)*



Solidarität mit dem Volkskrieg in Indien

Eine Doku des Revolutionären Aufbau Schweiz
Arbeitsgruppe Klassenkampf Zürich

3. überarbeitete Auflage Mai 2026

Einleitung

Die vorliegende Broschüre erschien zum ersten Mal im Jahre 2006 und dann 2008 in einer überarbeiteten zweiten Auflage. 20 Jahre später haben wir uns nun dazu entschlossen, eine dritte Auflage herauszugeben.

Integraler Bestandteil revolutionärer Politik ist der proletarische Internationalismus. Dies bedeutet für uns, den Kapitalismus in seinem imperialistischen Stadium in Solidarität mit den Proletarier_innen, unterdrückten Volksmassen und Völkern der gesamten Welt anzugreifen. Es bedeutet für uns auch, den Widerstand aus dem Trikont in die Metropolen des Übels zu tragen – sowohl theoretisch als auch ganz praktisch. In diesem Sinne fanden unter dem Slogan „Solidarität mit dem Volkskrieg in Indien“ im März 2026 in Zürich verschiedene militante Demonstrationen und Aktionen statt. Eingebettet waren diese in die „Internationale Notfallkampagne gegen die Operation Kagaar“. Im Rahmen des 1. Mai 2026 erscheint nun, ergänzend zu einer Veranstaltung mit indischen Genoss_innen, diese Broschüre in Neuauflage.

Die Broschüre für sich bietet einen hervorragenden Einblick in die bedeutende revolutionäre Bewegung Indiens unter der Führung der kommunistischen Partei Indiens (Maoistisch) (CPI (Maoist)). Dieser Broschüre in ihrer zweiten Auflage (B2) haben wir einen neuen Teil vorangestellt. Zunächst wollen wir die inneren Entwicklun-

gen Indiens genauer unter die Lupe nehmen (Teil I). Wir vernehmen aus der bürgerlichen Presse immer wieder Schlagzeilen zum „Indischen Wirtschaftswunder“, doch was passiert eigentlich wirklich? Besonders interessieren uns dabei die Machenschaften des Schweizer Kapitals und seiner staatlichen Handlanger in Indien. Einen zweiten Teil widmen wir dann dem Hindutva-Faschismus, der sich in der Person des indischen Premiers Narendra Modi personifiziert und dem imperialistischen Entwicklungsmodell Indiens in blutigster und reaktionärster Manier den Boden bereitet (Teil II). Der Aufstieg des Faschismus ist aber natürlich kein indisches Problem, sondern ein globales Phänomen: Entsprechend werfen wir einen Blick auf die weltweiten Entwicklungen im imperialistischen Wettstreiten und ihre Implikationen für Indien (Teil III). In einem letzten Teil geht es dann darum, den Blick spezifisch auf die maoistische Bewegung zu richten (Teil IV). Was formuliert sie für Antworten auf die Herausforderungen? B2 bietet zu dieser Frage reichhaltige Antworten, die wir nun ergänzen wollen. Wir wollen hier noch die seither konkretisierten strategischen Überlegungen der Partei rund um die Ausweitung des Volkskrieges auf die Städte ergänzen.

Die indische Volksguerilla wird momentan in die Defensive gedrängt, und sie ist damit nicht allein. Vor dem Hintergrund der imperialistischen Kriege zur Neuaufteilung der Welt ist es für

viele revolutionäre Kräfte schwierig, in der aktuellen reaktionären Situation nicht einfach zerrieben zu werden. Eigenständige sozialistische Positionen einzubringen, um emanzipatorische Lösungen für die aufgebrochenen Widersprüche anzubieten, bleibt nichtsdestotrotz alternativlos. Gegen die imperialistischen Drahtzieher und Profiteure in den Metropolen müssen und können wir auch hier mit unseren Kräften vorgehen. Wir wollen mit dieser Broschüre einen Teil zum anti-imperialistischen Kampf beitragen. Denn es gilt für den indischen Volkskrieg das, was überall gilt: Mit dem Kampf gegen den Imperialismus in der Schweiz werden zwei Fliegen mit einer Klappe getroffen. Es werden die Kämpfe für nationale und soziale Befreiung im Trikont unterstützt und gleichzeitig wird der Klassenkampf gegen die imperialistische Bourgeoisie gestärkt. Die Schweiz ist ein Paradies der herrschenden Klassen. Die revolutionäre Linke hierzulande kann ihnen jedoch in die Suppe spucken.

AGKK, Mai 2026

I Innere Entwicklungen

Indien wird als „aufstrebende Supermacht“, „boomender Wirtschafts- und Investitionsstandort“, „grösste Demokratie der Welt“ angepriesen. Mit Kampagnen, wie „Make in India“¹ oder „Incredible India“², will die indische Regierung „wirtschaftliche Entwicklung“ vorantreiben und die „Marke Indien“ weltweit stärken. Das Gesicht dieses neuen, starken Indiens ist Narendra Modi. Noch deutlich mehr Präsenz als im Ausland geniesst der weisshaarige Mann mit der safranfarbigen³ Weste im eigenen Land: Der indische Premierminister winkt von Werbeplakaten, lächelt auf Zeitungsinserten oder macht Yoga vor laufender Kamera. Narendra Modi ist allgegenwärtig, wie auch die Erzählungen vom wirtschaftlichen Fortschritt und der goldigen Zukunft Indiens. Laut neueren Zahlen der Weltbank soll seit seinem Amtsantritt 2014 die Armut im Land von beinahe 30 % auf rund 5 % zurückgegangen und 170 Millionen Menschen aus bitterer Armut befreit worden sein. Tatsächlich ein neoliberales Wirtschaftswunder?

Natürlich nicht. Zwar hat Indien Ende 2025 Japan als viertgrösste Volkswirtschaft abgelöst und bürgerliche Ökonom_innen überbieten sich mit rasanten Wachstumsprognosen für die

nächsten Jahre. Von diesen wirtschaftlichen Entwicklungen profitieren aber nur die wenigsten Inder_innen. Der starke Rückgang der Armutszahlen hat mehr mit statistischer Ungenauigkeit oder Trickserei als mit der tatsächlichen materiellen Realität zu tun: Die Schätzungen realistischerer Studien bewegen sich weiterhin zwischen 20% und 30%. Die Hochglanzbilder mit lächelnden Business-Frauen in hippen Start-Up-Büros im modernen Bangalore⁴, entsprechen keineswegs der Lebensrealität der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung. Rund 65 % der Menschen leben auf dem Land, die Landwirtschaft ist nach wie vor der grösste Beschäftigungssektor und nur etwa jede zehnte Frau geht einer bezahlten Arbeit nach. Die Arbeitslosigkeit ist auf einem Rekordhoch, die Verschuldung der Klein- und Kleinstbauer_innen hat massiv zugenommen und die Zahl landloser Landarbeiter_innen ist explodiert. Immer mehr verarmte Bäuer_innen werden auf der

Suche nach Arbeit in die Grosstädte getrieben, wo die meisten von ihnen als Subproletariat (bzw. Lumpenproletariat) in den Slums enden. Über das ganze Land hinweg gesehen fristen aktuell über 260 Mio. Menschen dort unter unwürdigen Bedingungen ein unsicheres Dasein – zum Beispiel in Dharavi in Mumbai, einem der grös-

1 Staatliche Initiative zur Förderung ausländischer Investitionen und Ausbau des Produktionsstandortes Indien.

2 Internationale Tourismus-Kampagne Indiens.

3 Es ist die Farbe des Hindu-Nationalismus bzw. des Hindutva-Faschismus.

4 Auch Bangaluru; Hauptstadt des südindischen Bundesstaates Karnataka; globales Technologie- und Start-Up- Zentrum, bekannt als indisches Silicon Valley.

ten Slums weltweit. Hier überleben schätzungsweise bis zu einer Million Menschen in bitterer Armut – mit Blick auf das grösste und teuerste Einfamilienhaus der Welt im Besitz des indischen Milliardärs Ambani. Während die Menschen in Dharavi mit wenigen Dollars pro Tag auskommen müssen, hat er sein Vermögen in den letzten zehn Jahren von rund 20 Mrd. auf über 100 Mrd. Dollar verfünffacht. Er gehört zu den Reichsten weltweit. Sein Milliardärs Dasein teilt er inzwischen mit beinahe 300 Landsleuten – vor zehn Jahren waren es erst 90. Die Ungleichheit steigt weiter an und vom viel gepriesenen kapitalistischen „Fortschritt“ profitiert sicherlich nicht die breite Bevölkerung.

Die gesellschaftlichen Verhältnisse in Indien werden von der CPI (Maoist) heute noch als halb-kolonial, halb-feudal analysiert (vgl. III – Indien im Kontext globaler Entwicklungen). Die fortschreitende kapitalistische Entwicklung ist nach ihrer Einschätzung quantitativer Natur – bisher ohne qualitativen Sprung in den Produktionsverhältnissen. Die wachsenden kapitalistischen Produktionsverhältnisse nehmen neben den halb-feudalen Beziehungen, die sich insbesondere in den ländlichen Gebieten halten, weiterhin eine untergeordnete Rolle ein.

Wie auch in anderen Ländern des Trikonts finden wir in Indien die typischen Auswüchse dieser halb-kolonialen

und halb-feudalen Verhältnisse: Kapital und Staat sind stark miteinander verwachsen, die bürgerlich-demokratische Ordnung ist nur schwach verankert. Es herrscht eine autokratische Regierungsform (vgl. II – Hindutva-Faschismus) und die Anwendung des bürgerlichen Rechts beschränkt sich mehrheitlich auf die urbanen Gebiete und die mittleren und oberen Klassen – während in den ländlichen Gebieten und für die unteren Klassen der lokale Unterdrücker das Gesetz darstellt.

Die neoliberale Entwicklung Indiens wird seit Beginn der 90er Jahren unter der Bezeichnung „Privatisierung – Liberalisierung – Globalisierung“ mit einer Reihe von deregulierenden Massnahmen forciert, die von den imperialistischen Mächten in Kollaboration mit der lokalen Kompradorenbourgeoisie⁵ (zu der bspw. Ambani gehört) und den feudalen Klassen durchgesetzt werden. Im ersten Teil der B2 wurden Auswirkungen dieser Politik, die der globalisierten kapitalistischen Wirtschaft Tür und Tor öffnet, schon beschrieben. Das „Eldorado der Multis“ (vgl. B2 S. 4) macht dieser Bezeichnung bis heute alle Ehre: Das Ende 2025 in Kraft getretene Freihandelsabkommen zwischen Indien und den EFTA-Staaten beinhaltet die Beseitigung oder Reduzierung der indischen Zölle für rund 95% der bisherigen Schweizer Exporte und ein Versprechen auf Kapital-Investitionen in der Höhe von 100 Milliarden US-

⁵ Indische Bourgeoisie, die gegen innen die imperialistischen Interessen der multinationalen Konzerne und Investoren vertritt und davon profitiert.

Dollar über die nächsten 15 Jahre in Indien. Ende Januar 2026 hat sich das Modi-Regime mit der EU auf ein weiteres Freihandelsabkommen geeinigt. Der Zufluss an ausländischem Kapital ist seit der erstmaligen Publikation dieser Broschüre von einigen Mrd. auf rund eine Billion US-Dollar gestiegen.

Zusammenfassend bedeutet dies, dass die Profiteure des „indischen Wirtschaftswunders“, allen voran die Imperialist_innen und ihre lokalen Stützen, die Kompradorenbourgeoisie und Grossgrundbesitzer_innen sind. Die Verlier_innen stellen die arbeitenden Klassen, besonders arme Bäuer_innen und Arbeiter_innen dar. Das heisst im Kontext Indiens vor allem auch die untersten Kasten bzw. jene, die vom Kastensystem ausgeschlossen sind, wie Dalits oder Adivasis.⁶

I.1. Sonderwirtschaftszonen und hungriges Schweizer Kapital

Bevor wir uns konkret aktuellen Zahlen und Beispielen über das wirtschaftliche System Indiens widmen, ein kurzer genereller Einschub. Wenn wir davon schreiben, dass die Imperialist_innen in Indien profitieren, dann kommen wir nicht darum herum, den Kapitalexport, also die kapitalistischen Direktinvestitionen, genauer unter die Lupe zu nehmen.⁷

Direktinvestitionen erfolgen unter folgender strategischer Zielsetzung: Ausdehnung der Masse des Profits und Erhöhung der Profitrate. Erstens gibt es also die Absatzorientierung von Kapitalexport, es sollen neue Auslandsmärkte erschlossen oder bestehende Marktanteile vergrössert werden, was gleichzeitig bedeutet, den Markteintritt feindlicher Unternehmen zu verhindern. Zweitens sollen die sogenannten „Arbeitskosten“ gesenkt werden, also die sogenannten „standortspezifischen Wettbewerbsvorteile“ ausgenutzt werden. Primär tiefere Löhne und schlechtere soziale Verhältnisse der Arbeiter_innen, dann auch tiefere Transport- und Energiekosten, weniger Steuerbelastung des ausländischen Kapitals, etc.

Die Schweizer Multis sind in ihrem Konkurrenzkampf um Marktanteile und Profit stark abhängig davon, im Ausland produzieren zu können. Seit den 1980er Jahren wird mehr Kapital exportiert als importiert. Die Schweiz ist pro Kopf der Bevölkerung die Nummer 1 bei den Direktinvestitionen und rangiert gemessen am Gesamtbestand des Weltkapitals unter den Top 10 der Direktinvestoren. Schweizer-Industrieunternehmen vergrössern ihren Personalbestand im Ausland kontinuierlich. 1992 überstieg die Zahl der Beschäftigten im Ausland erstmals die

6 Mit dem Begriff Dalit (früher „Unberührbare“) bezeichnen sich Menschen, die im indischen Kastensystem am weitesten unten stehen.

7 Kapitalexport liegt vor, wenn eine Tochtergesellschaft oder Filiale gegründet, übernommen oder ausgebaut wird; oder ein Gemeinschaftsunternehmen gebildet wird; oder mindestens 10% Kapital von einem ausländischen Unternehmen erworben wird; oder in Fabrikationsanlagen und Grundstücke etc. investiert wird, allenfalls Konzernkredite gewährt werden.

Zahl in der Schweiz, eine in der Welt bislang einzigartige Entwicklung. Ein Trend, der bis heute anhält. Heute kommen auf einen Arbeitsplatz in der Schweiz mehr als 4 Arbeitsplätze im Ausland. Als Empfangsland von Auslandsinvestitionen liegt die Schweiz immerhin unter den Top 15, dies, weil auch zahlreiche ausländische Multis hier angesiedelt sind.

Mit der Politik der „Sonderwirtschaftszonen (SEZ)“ gibt die indische Regierung ihr Bestes, solche Direktinvestitionen für ausländische Konzerne zu erleichtern. Riesige Landstriche werden der Landbevölkerung enteignet und dem internationalen Kapital zum Frass vorgeworfen. Mittels Steuerbefreiung und Beschränkung des Streikrechts sollen diese Zonen sowohl dem indischen als auch dem multinationalen Kapital zu Direktinvestitionen verhelfen. In der B2 wurde die Einführung von Sonderwirtschaftszonen (SEZ) als „neue Dimension an Ausbeutung“ beschrieben (vgl. S. 5). Diese Prognose hat sich bewahrheitet und ein Teil der Konzerne, die schon damals von diesem „grössten Landraub in der Geschichte Indiens“ profitierten, tun es bis heute – es sind einfach noch viel mehr dazugekommen. Zusätzlich zu den SEZ wurden in jüngerer Vergangenheit auch spezielle Tourismuszonen (Special Tourism Zones, STZ) für die „Global High End Tourists“ errichtet.

Diese Entwicklung zieht der Bevölkerung den sprichwörtlichen „Teppich

unter den Füßen“ weg. Da sie mit dem Land ihre Lebensgrundlage verlieren, bleibt den Menschen keine andere Wahl, als zu miserablen Bedingungen in den neu entstehenden Fabriken zu arbeiten. Insbesondere gegen diese Sonderwirtschaftszonen (SEZ) hat sich an verschiedenen Orten massiver Widerstand breiter Massen entwickelt. Schon in der B2 wurde auf den Widerstand gegen die SEZ verwiesen (vgl. B2 S. 5).

Bereits über 280 solcher Sonderwirtschaftszonen (SEZ) sind vom indischen Staat bewilligt worden und Millionen Menschen wurden im Zuge dessen von zehntausenden Hektaren Land vertrieben. Hunderte weitere SEZ befinden sich bereits in Planung. Davon profitieren auch die beiden Winterthurer Maschinenindustrie-Riesen Sulzer und Rieter, die immer mehr Produktion nach Indien verlagern. So stieg der Umsatz an der indischen Niederlassung Rieters von 2022 bis 2023 auf 1.42 Mrd. an, während er in den europäischen Zweigstellen sank. Und die ABB, grösstes Zürcher Unternehmen, will mit 75 Mio. Dollar Investitionen in die indischen Standorte im Jahr 2026 die Automatisierung und Infrastrukturprojekte wie Datenzentren vorantreiben. Die oben erwähnte „Make in India“-Kampagne scheint Früchte zu tragen, wird sie doch von der ABB explizit erwähnt und folgt diese neuste Ankündigung einer Dekade von Investitionen in einer Höhe von 230 Mio. Dollar.

Den Konzernen in der Schweiz ist generell nicht entgangen, wie sich die Wirtschaft in Indien entwickelt hat. Der Markt sei da, die Schweiz müsse nur die Herausforderung annehmen, um vom Wachstum Indiens zu profitieren. Das staatliche Seco und die privatwirtschaftliche KPMG schufen mit der Swiss Organisation for Facilitating Investments SOFI ein Instrument zur Optimierung von Kapitalexport.

Die Schweizerisch-indische Handelskammer unterstützt die Schweizer Unternehmen in ihrem „Indienabenteuer“. Die Direktinvestitionen betragen Ende 2024 beträchtliche 10.2 Mrd. Franken. Verschiedene internationale Rüstungskonzerne mit Standort in der Schweiz und KMUs machen ihre Geschäfte direkt mit der militärischen Aufstandsbekämpfung in Indien. Die Unternehmen Mowag, RUAG – um nur die grössten zu nennen – erwarten vom „Krieg gegen den Terrorismus der Maoisten“ in Indien neue Aufträge, eine unsägliche Tradition, die bis 1967 zurückreicht, als der bolivianische Unteroffizier Mario Teran Che Guevara mit einem Schweizer Sturmgewehr ermordete.

Die berüchtigten Pilatus Flugzeugwerke in Stans zogen 2010 einen 840 Mio. Rekordfisch aus Indien an Land. Die Pilatus Werke konnten der indischen Luftwaffe 75 Flugzeuge vom Typ PC-7 liefern. Die jungen indischen Piloten werden einen Teil ihrer Ausbildung in der Schweiz absolvieren. Der Kontrakt enthielt zudem eine Option

von bis zu 200 weiteren Flugzeugen dieses Typs. Das besondere an diesen so genannten „Trainingsflugzeugen“ ist die Möglichkeit, das Kriegsmaterialgesetz zu umgehen, weil die Flugzeuge sowohl zivil als auch militärisch eingesetzt werden können. Die Maschinen sind so konzipiert, dass sie bewaffnet werden können. Pilatus Militärflugzeuge wären demnach kein Kriegsmaterial? Diese Flugzeuge werden seit den 1970er Jahren in bewaffneten Konflikten in Myanmar, Mexico, Chile, Bolivien, Tschad, Nigeria, Irak und vor allem in Guatemala gegen die Guerilla eingesetzt. Zwar gab es gegen dieses Geschäft seitens der GSOA zarten Protest, erwähnt wurde allerdings nur der Kaschmirkonflikt. Kein Wort über die Gefahr, die diese Flugzeuge für die befreiten Gebiete der maoistischen Guerilla darstellen, denn neben den Drohnen sind genau solch langsam fliegende Flugzeuge besonders für den Antiguerillakrieg geeignet.

In der B2 wurde schon auf die Relevanz des IT-Sektors für die indische Monopolbildung angesprochen (vgl. S. 6). Im Zuge der sich zuspitzenden Verschiebung der Marktaktivitäten in die digitale Sphäre setzte der indische Staat weiter stark auf die Förderung des IT-Sektors, in dem mittlerweile fünf Mio. Menschen arbeiten. Das zeigt bspw. der KI-Gipfel, der Ende Februar in Neu-Delhi stattgefunden hat und bei dem unter anderen auch Guy Parmelin für die Schweiz anwesend war. Modi preist Indien als das

neue „Artificial Intelligence Hub“ der westlichen Welt an, die Adani Group, Microsoft und Google investieren mit mehreren Milliarden Dollar in den Bau von KI-Datenzentren – insbesondere in Regionen in Chhattisgarh, in den Gebieten der CPI (Maoist).

I.2. Landwirtschaft

Aufgrund der bestehenden halb-feudalen Verhältnisse ist die Landwirtschaft sehr zentral, um die Entwicklungen in Indien nachvollziehen zu können. Heute noch sind ca. 65% der Bevölkerung Landarbeiter_innen oder Bäuer_innen, die entweder auf die magere Ausbeute von ihrem wenigen Land angewiesen sind, ihre Arbeitskraft und Körper an Grossgrundbesitzer verkaufen müssen oder in die rasant wachsenden Megastädte flüchten. Dort herrscht dann eine derart hohe Arbeitslosigkeit, dass die Meisten von ihnen in Elendsvierteln und Slums enden. Diese ausgedehnten Armutsviertel bieten kaum eine Verbesserung zum Landleben. Kriminalität, ethnische, religiöse oder nationalistisch bedingte Übergriffe oder Repression durch die Behörden, die ein sauberes Stadtbild erhalten wollen, sind an der Tagesordnung, die Ghettoisierung nimmt stetig zu (Vgl. III Hindutva-Faschismus). Wir wollen daher den Punkt im Folgenden etwas vertiefen.

Um die Forderung nach radikalen Landreformen („land to the tiller“) zu befriedigen und in andere Bahnen zu

lenken, wurden in Zusammenarbeit mit der World Bank und den Ford- und Rockefeller-Stiftungen seit dem Ende der Kolonialherrschaft 1947 Entwicklungsprogramme für die Landwirtschaft (siehe IADP, IAAP, HYVP und weitere⁸) entwickelt. Als Legitimation für diese erstellte die Ford Foundation 1959 einen „Bericht zur Lebensmittelkrise in Indien und die Schritte dagegen“. Die Entwicklungshilfe jedoch war keine bedingungslose, wie in einem Bericht der World Bank festgehalten ist: Indien sollte im Gegenzug mehr Lizenzen an ausländische Industrien vergeben, ein Liberalisierungsprogramm für Importe ins Leben rufen und die indische Rupie abwerten.

Mit diesen Initiativen wurde der Grundstein dafür gelegt, dass die weltweite, imperiale Agrarintervention unter dem Namen „Green Revolution“ auch in Indien Fuss fassen konnte. Durch die Einführung und Förderung von Landmaschinen, neuen Hohertragsorten (HYV seeds, hybrid seeds) und chemischen Pestiziden und Düngern schossen die Kosten für die landwirtschaftlichen Inputs in die Höhe, während die Preise für die Produkte weit hinterherhinkten. Die Bäuer_innen wurden in Abhängigkeiten von den (oft international tätigen) Agrarkonzernen gezwungen; beispielsweise von der Syngenta für das Pestizid Paraquat, das mit der veränderten Anbauweise und den auf Ertrag hochgezüchteten Kulturen plötzlich nötig

8 IADP: Intensive Agricultural Development Program, ab 1960; IAAP: ab 1964, ausgebaute Version vom IADP; HYVP: High-Yielding Variety Program, ab 1966

wurde. Dieses hochgiftige Pflanzenschutzmittel, das als Risikofaktor für die Krankheit Parkinsons gilt, wurde in der Schweiz bereits in den 80ern verboten. Das hielt jedoch die Basler Syngenta die letzten Jahrzehnte keineswegs davon ab, es in Ländern im Trikont im grossen Stil zu vermarkten. Eine der weitreichendsten Folgen der „Green Revolution“ für Indien und die Menschheit ist vermutlich der Verlust der genetischen Vielfalt. Mit der Einführung der HYV-Sorten wurden das frühere gemischte Saatgut mit einer uniformen Kultur ersetzt, die dadurch viel anfälliger wurde – auf Krankheiten, veränderte klimatische Bedingungen, unterschiedliche regionale Bodenverhältnisse. Das Saatgut der meisten dieser Hohertragssorten stammt aus hybriden Züchtungen, sie lassen sich also nicht mehr von der Bäuer_in/Landarbeiter_in weitervermehren. Liefern sie im ersten Jahr eine beträchtliche Ausbeute, sind die Erträge aus den Samen dieser Pflanzen im zweiten Jahr nicht brauchbar. Über Jahrhunderte hinweg erarbeitetes und weitergegebenes Wissen, das sich in dieser genetischen Vielfalt von Kulturen niederschlug, die je nach regionalen Verhältnissen, Witterung, Vorlieben und vielem mehr eingesetzt werden konnten, wurde verdrängt; die Bäuer_innen und Landarbeiter_innen wurden komplett materiell abhängig gemacht.

Die „Green Revolution“ macht ihrem Namen keine Ehre: Statt die halb-feudalen Verhältnisse von Grund auf

umzuwälzen, verstärkte sie die kapitalistische Entwicklung, während die halb-feudalen Verhältnisse im Grunde dieselben blieben. Die in den ländlichen Gebieten vorzufindenden Ausbeutungsverhältnisse und Unterdrückungsformen erinnern heute noch stark an den Feudalismus. Die Kastenordnung ist nach wie vor prägend und das Gesetz verkörpert meist der Grossgrundbesitzer, in deren Händen sich grosse Teile der landwirtschaftlichen Nutzfläche konzentrieren. Nach offiziellen Zahlen besitzen 5 % der indischen Grossgrundbesitzer über 30 % der Agrarflächen – ohne dass dabei die Flächen erfasst würden, die auf die Namen von Familienmitgliedern eingetragen sind. Den armen Bäuer_innen hingegen steht immer weniger Landwirtschaftsfläche zur Verfügung. Die durchschnittliche Nutzfläche eines indischen Landwirtschaftsbetriebs ist seit Jahrzehnten rückläufig, die Statistiken verzeichnen inzwischen erstmals mehr landlose Landarbeiter_innen als Bäuer_innen. Hunderttausende Bäuer_innen wurden durch die hohe Verschuldung in den Selbstmord getrieben, Millionen endeten in den Slums der Metropolen. Die indischen (z.B. der Tata Konzern) und ausländischen Multis waren und sind einerseits an der Ausbeutung des Bodens (das beste Eisenerz der Welt befindet sich in Chhattisgarh – vgl. I.3 – Die taktische Zerstörung der Umwelt), den Wasserressourcen und andererseits am Aufbau von Sonderwirtschaftszonen interessiert.

Insbesondere die vielen Kleinbäuer_innen und landlosen Landarbeiter_innen stehen unter grossem Druck, woraus sich eine grosse Kampfbereitschaft entwickelte. In den letzten Jahren erlebte Indien eine Streikwelle mit historischen Ausmassen. 2016 schlossen sich dem Generalstreik mindestens 180 Millionen von Bäuer_innen und Arbeiter_innen an. Im Jahr 2020 lösten Pläne zur Liberalisierung des Agrarsektors⁹ erneut eine massive Protestwelle aus: Hunderttausende Bäuer_innen streikten und blockierten die Zufahrtsstrassen nach Neu-Delhi. Die Mobilisierungen wurden über ein Jahr hinweg aufrechterhalten und die Massnahmen mussten schliesslich zurückgezogen werden. Circa 250 Millionen Menschen beteiligten sich am Generalstreik. Bei diesen Kämpfen kam es zu heftigen Konfrontationen mit der Staatsgewalt, bei der hunderte Bäuer_innen ihr Leben liessen. Dass in den meisten Medien nicht gross darüber berichtet wurde, verdeutlicht das Ausmass der Repression und die Angst der Herrschenden davor, was diese historische Streikwelle auch über Indiens Landesgrenzen hinaus inspirieren könnte.

9 Die als „Farm Bills“ bekannt geworden drei Reformen sollten den Verkauf landwirtschaftlicher Produkte komplett deregulieren und für den Markt öffnen sowie Vertragslandwirtschaft ermöglichen, bei der die Bäuer_innen oft den Kürzeren ziehen und für tiefe Löhne hohe Risiken tragen müssen.

10 Die bisher 29 existierenden Arbeitsgesetze hätten auf nur 4 Erlasse beschränkt werden sollen, welche ein Streikverbot beinhalten, den Kündigungsschutz und den 8-Stunden-Tag massiv beschneiden und temporäre Arbeiter_innen nicht als „Arbeitnehmende“ zählen. Ausserdem sollen Arbeitgeber die Nichteinhaltung von Arbeitsgesetzen lediglich mit einer kleinen Summe begleichen können – für Adani und Ambani ein grünes Licht, die Ausbeutung folgenlos verstärken zu können.

Auch letztes Jahr, im Juli 2025 entfachte sich die Wut des indischen Proletariats erneut – dieses Mal, weil das Modi-Regime mit den 4 neuen „Labor Codes“ scharfe Angriffe auf historisch erkämpfte Arbeiter_innenrechte tätigen wollte.¹⁰ Wieder gingen 250 Millionen Menschen zum Generalstreik auf die Strassen. Die Mobilisierung konnte jedoch nicht bewirken, dass die „Labor Codes“ zurückgenommen wurden. Somit wurde anfangs dieses Jahres, am 12. Februar, ein weiteres Mal von den zehn nationalen Gewerkschaften und der Samyuktha Kisan Morcha, einer Vereinigung von Landarbeiter_innen, zu einem Generalstreik aufgerufen. Nur die grösste Gewerkschaft des Landes, die BMS, rief nicht dazu – das muss jedoch nicht verwundern, ist sie doch das reaktionäre Streikbrecher Projekt der faschistischen RSS. Die Beteiligung war breit, von den Fabriken über die Transportunternehmen und Banken zu den Minen nahmen zahlreiche Arbeiter_innen und Landarbeiter_innen teil. Die Gewerkschaften sprechen von 300 Millionen Menschen auf den Strassen. Das zeigt erneut, wie scharf die Widersprüche in der Gesellschaft sind und wie sich Bäuer_innen und Arbeiter_innen

ter_innen aus verschiedenen Sektoren miteinander solidarisieren. Trotz grosser Beteiligung konnte schlussendlich nicht nach Delhi hineinmarschiert werden und der Druck reichte nicht aus, um die Widerrufung der „Labor Codes“ zu bewirken. Bei den Konfrontationen mit der Polizei kamen bei den letzten Protestwellen auch immer wieder Menschen um. Allerdings wird das Potenzial der Massenunzufriedenheit von den Gewerkschaften, von denen einige der grössten der CPI(Marxist) nahestehen, nicht ausgeschöpft: Statt die revolutionäre Organisierung voranzutreiben, setzen sie mit eintägigen Streikdaten eher auf symbolischen und gewaltfreien Widerstand („Satyagraha“). Mehr zur Entwicklung der CPI(Marxist) in Richtung des Revisionismus ist in B2 ab S. 12 zu finden.

I.3. Die Zerstörung der Natur

Nach dem heissesten Jahr in der modernen Zeitgeschichte (2024) und dem zweitheissesten Jahr (2025) sowie bereits zahlreichen Flächenbränden in Chile und Argentinien und Überschwemmungen in Kenya, Indonesien und Frankreich seit Anfang dieses Jahres wäre der Kampf gegen die Naturzerstörung und weitere Eskalation der Klimakatastrophe mehr als angesagt. Doch das ist leichter gesagt als getan, denn obwohl die Herrschenden auch am WEF ab und zu mal die Klimakrise traktandieren, ist doch die weitere Ausbeutung der natürlichen Ressourcen profitabel genug, um die Folgen in Kauf zu nehmen – noch zumindest.

Dieser Raubbau an der Natur und ihre darauffolgende Zerstörung, welche unsere Ökosysteme an den Rand des Kollapses und darüber hinausbringt, ist auch in Indien in ungeheurem Ausmass zu erkennen. Naturzerstörung bedeutet dabei, wie so oft, nicht nur ein Mehr an Emissionen, sondern hat auch die Entwurzelung der Menschen von ihrem Lebensraum, von der Natur konkret zufolge. Darin ist auch ein taktisches Moment zu sehen.

Die neoliberale Politik der Regierung, der Ausverkauf von Land an multinationale Unternehmen und die gewaltigen Industriepark- und Infrastrukturprojekte haben für die Natur gravierende Folgen: Seit 2000 wurden über 2.33 Mio. ha Waldfläche in Indien zerstört, wovon beinahe 20% Urwälder mit hoher Biodiversität und CO₂-Speicherkapazität waren. Staatliche Berichte behaupten, in den letzten Jahren sei es durch ihre Naturschutz-Strategien zu einer Zunahme von Waldfläche gekommen, doch in den von ihnen verwendeten Daten sind Plantagenflächen und anderweitige Grünflächen inkludiert. Diese ersetzen den Wert von artenreichen Urwäldern für die Umwelt und Menschen in keinsten Hinsicht, welche in Anbetracht der eskalierenden Klimakrise eine zentrale Rolle bei der CO₂-Reduktion und Herunterkühlung des Planeten spielen.

Mit über 3000 Minen im Land ist Indien heutzutage einer der weltweit grössten Exporteure von Kohle und

Eisenerz, wobei die Kohleproduktion bis 2030 sogar nochmals um 50% gegenüber 2023/24 gesteigert werden soll. Die Kohleminen in der Region Jharkhand, was Land der Wälder bedeutet, sowie in Chhattisgarh und Odisha des staatlichen Konzerns Coal India Ltd. bedeuten weiträumige Abholzung, Erosionsgefahr, Biodiversitätsverlust, Verschmutzung von Flüssen und fruchtbarem Boden und die Vertreibung von Adivasis aus ihren Dörfern. Indiens grösste Eisenerz-Mine befindet sich in Chiria, in den Wäldern von West Singhbhum in Jharkand. Sie wird von der staatlichen Steel Authority of India Ltd. (SAIL) betrieben. Durch die Mine und die ihr Infrastruktur wie grosse Strassen und Zugschienen, die sie nach sich zieht, wurden bereits über 10'000 ha an Salwäldern zerstört. Dies, obwohl der Salbaum das Wahrzeichen der Staaten Jharkand und Chhattisgarh ist und in der hinduistischen Tradition eigentlich als heilig gilt – doch für das Kapital muss auch dieses Natur- und Kulturgut in die Knie gehen. Die Umweltzerstörung der Eisenerz-Mine wird besonders beim Fluss Koina deutlich, der durch die Minenabflüsse immer wieder rot verfärbt wird. In Odisha, wo es Bauxit-Vorkommen gibt, sollen Konzessionen an die Multis Vedanta und Adani Group vergeben werden – Protesten der lokalen Bevölkerung wurde mit Inhaftierungen und Repression begegnet. Im Nordosten Indiens treibt der Zementriese Lafarge mit Kalkstein-Minenprojekten sein Un-

wesen. Zur „Entwicklung“ und „Bekämpfung des Terrorismus“ (bzw. Maoismus) treibt der Staat die Militarisierung und Zerstörung der Lebensgrundlagen der Adivasis voran, um diese daran zu hindern, sich der revolutionären Bewegung anzuschliessen. Der starke Anstieg an „Memorandi of Understanding (MoU)“, vergebenen Erkundungslizenzen seit Beginn der Operation Kagaar verdeutlicht noch einmal, wie tiefgreifend die staatliche Unterdrückung und Vertreibung der Adivasis und revolutionären Bewegung in diesem „Final War“ ist.

Ist die langfristige Zerstörung der Umwelt, die die Politik des Raubbaus mit sich bringt, einfach weiterer Kollateralschaden für das Kapital oder eher ein willkommener Nebeneffekt, bedeutet sie doch auch die Vertreibung der Adivasis aus den jeweiligen Gebieten? Eins ist klar, nämlich dass das Modi-Regime nicht mit der Wimper zuckt ob der von ihm angestachelten Vernichtung der Lebensgrundlagen und Entwurzelung der Menschen.

Staatliche Infrastrukturprojekte mit dem Ziel, abgelegene Gebiete für das Kapital zugänglich zu machen, tragen derweil weiter zur Naturzerstörung bei: So wurde in Indien in den letzten Jahren massiv in Strassenbau investiert, mit über 10'000km an neuen Highways allein im Jahr 2024/25. Die Schnellstrassen werden primär im Roten Korridor in Zentral- und Ostindien gebaut. Sie fragmentieren die Landschaft und schränken die Be-

wegungsfreiheit der Tiere ein, was die ökologischen Netzwerke aus dem Gleichgewicht bringt. Auch die Mobilität der People's Liberation Guerrilla Army PLGA wird eingeschränkt – insofern fungieren die Strassen auch als taktisches Mittel zur Aufstandsbe-kämpfung. Desweiteren führen die so erfolgenden Anschlüsse an den Markt zu einer Verschiebung der soziales Zu-sammensetzung in den Gebieten. Neue gesellschaftliche Gruppen, wie Studierende, Angestellte, Geschäftsleute, etc. entstehen, die von den staatlichen Programmen profitieren. Auch das Semi-Proletariat in den Dörfern wächst durch diese Veränderungen weiter an.

II Der Aufstieg des Hindutva-Faschismus

Die ökonomische Krise hält an, die Legitimitätskrise wird schlimmer, die herrschenden Klassen kommen immer mehr in Bedrängnis und wenden sich dem Faschismus zu – eine Entwicklung, die wir in vielen Ländern sehen (vgl. III). Auch in Indien zeigt sich eine voranschreitende Faschisierung – hier in Form des brahmanischen Hindutva-Faschismus. Sein Aufstieg prägte die letzten Jahre.

Dimitrov beschrieb den Faschismus 1935 auf dem VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationalen als „die offene, terroristische Diktatur der am meisten reaktionären, am meis-

ten chauvinistischen und am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“. In der bürgerlich-demokratischen Ordnung wird, die zur Aufrechterhaltung der Klassenherrschaft notwendige Gewalt normalerweise verschleiert, während ihre offene Ausübung unter dem Faschismus zur Normalität wird.

In Indien heisst das: Die brutale Durchsetzung der imperialistischen Ausplünderung durch Kompradorenbourgeoisie und Grossgrundbesitzer_innen – wobei im Unterschied zu Gesellschaften mit einem entwickelten Kapitalismus und einer historisch herausgebildeten bürgerlichen Demokratie im Trikont unter halb-kolonialen, halb-feudalen Verhältnissen und einem Bürokratischen Kapitalismus¹¹ die offene und willkürliche Gewaltanwendung der Herrschenden – sei es durch die Staatsgewalt oder private paramilitärische Strukturen – auch ohne umfassend etablierte faschistische Herrschaftsform keine Seltenheit ist.

In der Geschichte Indiens zeigt sich das an den wiederkehrenden Episoden aggressiver Gewaltausübung gegen fortschrittliche Bewegungen, gesellschaftliche Minderheiten und unterdrückte Völker. So zum Beispiel in den 1970er Jahren: Zu Beginn des Jahrzehnts wurde mit der Operation Steeplechase im Nordosten des Lan-

¹¹ Unter Bürokratischem Kapitalismus versteht man den von den Imperialisten geschaffenen Kapitalismus im Trikont. Er umfasst das Kapital der Grossgrundbesitzer, der Grossbanken und der Grossbourgeoisie. Er ist stark mit der Staatsmacht verwachsen, bei existierenden feudalen Strukturen.

des eine massive koordinierte Aktion von Armee, paramilitärischen Kräften und Polizei durchgeführt, um den ersten Naxalit_innen-Aufstand¹² in Westbengalen, Bihar und Odisha niederzuschlagen. In den Folgejahren wurden im ganzen Land zunehmende Proteste, Streiks und Unruhen gewaltsam zer schlagen. Auch die Unabhängigkeitsbewegungen in Punjab, Assam, Nagaland, Mizoram, Manipur, Jammu und Kaschmir wurden in den 1970er Jahren mit heftiger Repression unterdrückt. Dabei griff der Staat wiederholt auf verschiedene gewaltsame Mittel – bis hin zu Zwangsumsiedlungen, Massenverhaftungen, Folter und Mord – sowie den Einsatz paramilitärischer Strukturen zurück. Diese ausgesprochen gewaltsamen Episoden fanden unter der Regierung von Premierministerin Indira Gandhi statt. 1975 verhängte sie den Ausnahmezustand. Sie sistierte die bürgerlich-demokratischen Rechte für beinahe zwei Jahre und die Wahlen wurden ausgesetzt. In diesen Jahren wurden in Indien auch staatliche Sterilisierungsprogramme durchgeführt, die auf die untersten, verarmten Bevölkerungsschichten abzielte. Allein 1976 wurden an rund 8 Millionen indischen Männern Vasektomien durchgeführt – viele davon unter Zwang. Besonders betroffen waren muslimische Gemeinschaften im Nordwesten des Landes. Damals befand sich noch der Indische Nationalkongress INC an der Macht – die

Partei, der auch Mahatma Gandhi angehörte und die parlamentarische Politik Indiens seit der formellen Unabhängigkeit bis zur Ablösung durch die BJP (Bharatiya Janata Party; Indische Volkspartei) jahrzehntelang dominierte. Die damaligen Episoden faschistischer Massnahmen fanden nicht unter einer faschistischen Partei statt.

II.1. Aufstieg BJP

Doch erste Anzeichen der Hinwendung der herrschenden Klassen zum Hindutva-Faschismus begannen sich bereits in den kämpferischen 1960er Jahren abzuzeichnen, als verschiedene Bewegungen die bestehende soziale Ordnung in Frage stellten und deren Legitimation schwächten (Legitimationskrise). Mit der Zuspitzung der gesellschaftlichen Widersprüche – insbesondere seit den 90er Jahren und „Privatisierung – Liberalisierung – Globalisierung“ – suchen die Herrschenden vermehrt Zuflucht in national-chauvinistischer Propaganda und wenden sich vermehrt der BJP zu. Immer deutlicher entpuppte sich die Erzählung von Entwicklung und Fortschritt durch Deregulierung für die Volksmassen als leere Versprechen und die Legitimationskrise vertiefte sich. Seit 2014 regiert die BJP mit Narendra Modi als Premierminister. Die BJP ist der parlamentarische Ableger der Rashtriya Swayamsevak Sangh (Nationale Freiwilligenkorps; RSS), einer 1925 gegründeten hindutva-faschisti-

12 Die Bezeichnung Naxalit_innen wird in Indien als Synonym für die revolutionäre maoistische Bewegung verwendet. Sie geht auf diesen Aufstand im Dorf Naxalbari zurück (vgl. B2 S. 12)

schen Organisation. Die RSS war vom europäischen National-Chauvinismus inspiriert und schuf organisatorische Strukturen, die vor allem dem Beispiel des italienischen Faschismus nachgebildet wurden.

Gegen Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts formierten sich im kolonialen Indien verschiedene Massenbewegungen, welche an den gesellschaftlichen Schranken der Kastenordnung rüttelten. Die unteren Kasten organisierten sich zunehmend unabhängig. Sowohl das brahmanische System als auch das ausländische Kapital waren zu dieser Zeit mit Problemen konfrontiert. Diese Krise führte zur Herausbildung zweier rivalisierender Strömungen unter den indischen Eliten: Eine liberale Fraktion, zu der zum Beispiel Gandhi und der INC zählte, gab sich angesichts der sozialen Kämpfe reformbereit und strebte eine inklusivere Form des Brahmanismus an, um die Protestbewegungen zu entschärfen. Unterdrückte Kasten sollten unter brahmanischer Hegemonie integriert werden, ohne das System grundlegend zu verändern, denn Gandhi stützte in seinen Schriften das Varna-System und legitimierte damit die brahmanische Vorherrschaft. Die konservative Fraktion, als deren organisierter politischer Ausdruck ab 1915 zuerst die Hindu Mahasabha und zehn Jahre später dann die RSS auftraten, lehnte Reformen kategorisch ab. Sie forderten eine Rückkehr zu einem ursprünglichen, reinen Brahmanismus,

kombiniert mit chauvinistischem Nationalismus nach europäischem Vorbild. Diese Fraktion kollaborierte offen mit dem Imperialismus: Savarkar – ein führendes Mitglied der Hindu Mahasabha und ein Vordenker hindu-nationalistischer Hindutva-Ideologie – versprach dem britischen Vizekönig Linlithgow 1939, dass britische und hindu-nationalistische Interessen identisch seien. Auch in den Folgejahren untergrub diese Strömung die anti-kolonialen Kämpfe gegen die britische Kolonialherrschaft – was die Hindutva-Bewegung bis heute verfolgt, da die Erzählung des modernen indischen Nationalstaats bis heute an Figuren der wie Gandhi und Nehru gebunden ist, die der anderen Fraktion angehörten. Besonders die Hindu Mahasabha kombinierte Hindutva-Propaganda mit der Aufrechterhaltung kolonialer Macht. Sie verkörperte eine reaktionäre Allianz zwischen brahmanischer Elite und Imperialismus gegen aufsteigende anti-brahmanische und anti-koloniale Massenbewegungen und die entstehende Arbeiter_innenbewegung.

Die Hindutva-Bewegung strebt eine „Hindu Rashtra“ (Hindu-Nation) an, die sich ausschliesslich aus Hindus zusammensetzt und ein striktes brahmanisches Kastensystem als soziale Ordnung hochhält. Golwalkar, lange Zeit eine einflussreiche Führungsperson der RSS, prägte die Ziele der Organisation und erklärte in der 1939 publizierten Schrift „We or Our Nationhood Defined“: „Unser Ziel ist es,

eine Hindu-Nation zu errichten, so wie Hitler den Nazi-Staat gegründet hat.“ Also eine Hindu-Nation, basierend auf brahmanischen Ideen, in der insbesondere Muslim_innen, aber auch Christ_innen und andere religiöse Minderheiten als äussere Feinde betrachtet werden. Dabei wird ein Gross-Indien erträumt, das Akhand Bharat (ungeheiltes Indien) unter brahmanischer Vorherrschaft, dass die Gebiete des heutigen Afghanistan, Bangladesch, Bhutan, Indien, die Malediven, Myanmar, Nepal, Pakistan, Sri Lanka, Tibet und manchmal auch Teile Chinas und des Irans umfasst – also das ehemalige Einflussgebiet Britisch Indiens. Die Hindutva-Faschist_innen versuchten sich damals als bevorzugte Untergebene der Kolonialmacht zu positionieren und heute leisten sie den Imperialist_innen treue Dienste. Ironischer Weise begehen die stolzen Nationalchauvinist_innen ihren Akhand-Bharat-Tag am 14. August, dem Tag als die Kolonialmacht die Partition vornahm und Pakistan schuf, bevor am 15. August Indien in die Unabhängigkeit entlassen wurde. Ein Karte mit Bezug auf Akhand Bharat schmückt den 2023 eröffnete Parlamentsneubau, was für diplomatische Verstimmungen mit verschiedenen Nachbarländern sorgte. Heute zählt die RSS mehrere Millionen Mitglieder in ganz Indien und

fungiert als paramilitärische Kraft des Hindutva-Faschismus. Ein zentrales Element ist die täglichen Versammlungen der lokalen Zellen, wobei die Mitglieder körperliche Übungen absolvieren, paramilitärisches Training erhalten, Sanskrit-Mantras rezipieren, Yoga machen und an ideologischem Unterricht teilnehmen. Die Organisation betont strikte Disziplin, Hierarchie und bedingungslose Gefolgschaft gegenüber dem Sarsanghchalak (Oberführer). Mit zehntausenden Zellen in ganz Indien betreibt die RSS ein dichtes Netzwerk. Sie ist der Kern der Sangh Parivar (Sangh-Familie¹³), der die BJP und rund 2.500 weitere Organisationen angehören – von NGOs und religiösen Gruppen über Studierendenverbände¹⁴, Gewerkschaften und Frauengruppen bis hin zu international agierenden Organisationen wie Vishwa Hindu Parishad (Weltrat der Hindus; VHP) und ihre militante Jugendstruktur Bajrang Dal. So wird die Hindutva-Ideologie flächendeckend verbreitet. Zu diesem Zweck betreibt die RSS auch ein grosses Netzwerk an Schulen, in denen landesweit Millionen von Schüler_innen im Sinne des Hindutva-Faschismus erzogen werden. Währenddessen nutzt BJP als parlamentarischer Arm der RSS die Staatsgewalt zur Institutionalisierung dieser Agenda.

13 Sangh heisst so viel wie Organisation, wörtlich übersetzt heisst Sangh Parivar also die Familie der Organisation. Mit Sangh ist die RSS gemeint, die Rashtriya Swayamsevak Sangh.

14 Mit dem Akhil Bharatiya Vidyarthi Parishad verfügt der RSS über eine zahlenmässig starke und gewaltbereite Studierendenorganisation, die in politischen Auseinandersetzungen – seit der BJP-Regierung unter dem Schutz der Staatsgewalt – nach Dominanz an den Universitäten strebt.

Es heisst, Narendra Modi sei bereits im Alter von 8 Jahren zur RSS gestossen, später verschrieb er sich voll und ganz dem reaktionären politischen Projekt und seine Karriere in der hindutva-faschistischen Organisation führte ihn bis an die Spitze des indischen Staates. Um ihn wurde ein regelrechter Personenkult aufgebaut, der letztes Jahr in der grossen Kampagne zu seinem 75. Geburtstag besonders deutlich wurde: Im ganzen Land strahlte er vor dem Hintergrund einer um ganz Kaschmir erweiterten Karte Indiens von den Titelseiten der Tageszeitungen – auch solcher, die ehemals als regierungskritisch galten. Bekannte indische Schauspieler_innen singen ihm ein Geburtstagsständchen und Sportler_innen gratulierten ihm in Fernsehspots oder auf Social Media – darunter auch bekannte muslimische indische Schauspieler_innen, trotz Modis ausgesprochen muslimfeindlicher Politik. Die Gleichschaltung von Medien und Kultur ist weit vorangeschritten. Es wird geschätzt, dass Regierungsstellen mehr als 200'000 US-Dollar pro Tag für Werbeanzeigen in indischen Tageszeitungen ausgeben, womit nicht nur Einflussnahme auf den öffentlichen Diskurs, sondern auch die Loyalität der Medienhäuser gekauft wird. Viele dieser Medien werden ohnehin von Hindutva-affilierten Vertretern der herrschenden Klassen kontrolliert und Kompradoren wie Mukesh Ambani bauen ihre Medienimperien weiter aus – insbesondere Modis Freund Gautam Adani tat sich in den letzten Jahren

durch aggressive Übernahmen hervor. Die Medien erweisen der Regierung treue Dienste, unterlassen kritische Berichterstattung und tragen zu einem hetzerischen gesellschaftlichen Klima bei. So wurde beispielsweise während der COVID-19-Pandemie von indischen Medien der Begriff „Corona Jihad“ bemüht, um Muslim_innen die absichtliche Verbreitung des Virus zu unterstellen. In Bollywood fördert die BJP-Regierung Filmproduktionen mit national-chauvinistischen und anti-muslimischen Narrativen und ausgewählte Werke wie der 2022 erschienene Film „Kashmir Files“ bekommen zuweilen sogar die Ehre zugeteilt, von Narendra Modi persönlich empfohlen zu werden, denn mit etwas Geschichtsrevisionismus, der Delegitimierung einer nationalen Befreiungsbewegung und der Dämonisierung von Muslim_innen ist das Lob des Premierministers schnell gewonnen.

II.2. Brahmanismus als ideologisches Fundament der BJP

Das ideologische Fundament des Hindutva-Faschismus ist der Brahmanismus. Die Brahmanen sind die oberste Kaste des Kastenwesens, welches in der indischen Gesellschaft bis heute ein wichtiger Faktor ist. Kaste und Klasse sind eng miteinander verflochten, wobei die Kaste im modernen Indien als Mechanismus zur Organisation der Arbeit, zur Verteilung von Ressourcen und zur Aufrechterhaltung der sozialen Hierarchie fungiert. Das Kastenwesen durchdringt weiter-

hin alle gesellschaftlichen Sphären. Konkret heisst das unter anderem: Schulen sind de-facto meist nach Kasten segregiert; Eheschliessung innerhalb der eigenen Kaste ist die Regel; der Zugang zu Berufen ist stark durch die Kaste bestimmt; etc. Auch im indischen Parlament zeigt sich der Einfluss des Kastenwesens: Seit rund sieben Jahrzehnten dominieren Savarna Hindus die entscheidende erste Kammer des indischen Parlaments (Lok Sabha). Die ausserhalb des Kastenwesens stehenden Avarnas, die Dalits und Adivasis, sind genauso wie die muslimische Bevölkerung Indiens unterrepräsentiert. Während aus der Legitimationskrise der herrschenden Klassen eine Machtverschiebung vom INC zur BJP resultierte, hatte das auf die Kastenzusammensetzung der parlamentarischen Politik kaum Einfluss. Demokratische Bewegungen in der Geschichte Indiens lassen sich in Savarna- und Avarna-Strömungen unterteilen, wobei erstere einen reformistischen Charakter hatten und letztere die brahmanische Ordnung grundsätzlich in Frage stellten. Ihre Kämpfe rüttelten am feudalen Kastenwesen und trugen die Forderung nach einer Transformation der bestehenden Ordnung in sich.

Aus den Savarnas – insbesondere den Brahmanen – bildete sich damals unter dem britischen Kolonialismus die indische Kompradorenbourgeoisie. Der Brahmanismus wurde ein wesentlicher Bestandteil der ideologischen

Weltanschauung der neuen bürgerlichen Klasse. Sie teilte ihn mit den feudalen Klassen, mit denen sie sowohl in sozialer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht viele Verbindungen unterhielt. Der Brahmanismus spielte eine wichtige Rolle bei der Entstehung und Bündnisbildung dieser Klassen, wobei der mittelalterliche Brahmanismus im historischen Prozess unter dem Einfluss der veränderten materiellen Bedingungen geformt und modernisiert wurde. Ob früher unter feudalen oder heute unter halb-feudalen, halb-kolonialen Verhältnissen: Der Brahmanismus bildet den Kern der Ideologie der herrschenden Klassen Indiens. Er bezieht sich stark auf den Hinduismus, doch ist nicht damit gleichzusetzen. Wesentliche Merkmale der brahmanischen Ideologie sind die starke Betonung der Trennung von Kopf- und Handarbeit; die Geringschätzung und der gesellschaftliche Ausschluss der arbeitenden Kasten; sowie die Aufrechterhaltung und Durchsetzung patriarchaler Strukturen und Bräuche, wobei der Frau in eine dienende, abhängige Position zugewiesen wird.

II.3. Gewalt des Hindutva-Faschismus

Die Gewalt des Hindutva-Faschismus richtet sich gegen die unteren Klassen und Kasten, Adivasi, Frauen und Queers, ethnische und religiöse Minderheiten. Sie wollen den verschiedenen, kulturell vielfältigen Völkern Indiens eine hegemoniale hinduistische Kultur aufzuzwingen. Ihre Angriffe

richten sich hauptsächlich gegen Muslim_innen, aber sie nehmen sie auch Christ_innen ins Visier, insbesondere in den Stammesgebieten, wo sie die Stammesvölker aggressiv zum Hinduismus bekehren. Ebenso greifen sie auch Dalits an. Das zentrale Feindbild des Hindutva-Faschismus ist dennoch klar die Muslim_innen. Sie werden als die grosse Bedrohung dargestellt, angesichts derer die Hindu-Nation zusammenstehen müsse. Sie werden als Unruhestifter und Störenfriede dargestellt und für allerlei Probleme verantwortlich gemacht. Wenn sie nicht gerade mit schrecklichen Schandtaten beschäftigt sind, dann führen sie den „Love-Jihad“ und verführen Hindu-Frauen mit dem Ziel der Islamisierung Südasiens über demographische Veränderung – davor müssen die Hindu-Frauen natürlich geschützt werden, falls nötig auch gegen ihren Willen und mit allen Mitteln, so die Logik des Hindutva-Faschismus. Wie im europäischen Faschismus gibt es eine starke Betonung der patriarchalen Ordnung und die Förderung traditioneller Geschlechterrollen, wozu auch eine ausgeprägte Queer Feindlichkeit gehört. Ebenso sind die Fixierung auf die Rolle der Frau als „Mutter der Nation“ und die Instrumentalisierung von Frauenkörpern als Reproduktionsinstrumente der Nation Gemeinsamkeiten. Daraus resultiert das typische widersprüchliche faschistische Narrativ: Hindu-Frauen müssen vor dem rassifizierten Anderen – also vor den „rückständigen, barbarischen muslimischen

Männern“ – geschützt werden, was alltägliche Kontrolle und Gewalt erfordert – von Kleidervorschriften bis hin zu „Ehrenmorden“. So werden Hindu-Frauen durch patriarchale Gewalt diszipliniert, insbesondere wenn sie gegen die Hindutva-Ideale verstossen und sich über Kasten- oder Religionsgrenzen hinweg verliehen. Muslimische Frauen werden in diesem Narrativ als demographische Gefahr gesehen und werden zur Zielscheibe quasi grenzenloser Gewalt. Diese reicht von feindlichen Online-Kampagnen bis zu Massenvergewaltigungen, wobei sich ein Zusammenspiel von Staat, Justiz und Hindutva-Kräften offenbart. Täter geniessen in der Regel Strafflosigkeit und auch die Polizeibehörden sind berüchtigt für die Ausübung sexualisierter Gewalt. Adivasi-Frauen oder Dalit-Frauen sind ebenfalls enormer patriarchaler Gewalt des Hindutva-Faschismus ausgesetzt, doch die Gewalt gegen muslimische Frauen besetzt eine besonders zentrale Rolle im Hindutva-Projekt angesichts des starken antimuslimischen Rassismus. Interreligiöse Hochzeiten werden verhindert, muslimische Kinder in der Schule misshandelt und Moscheen zerstört. Die Hetze materialisiert sich in Form alltäglicher Übergriffe gegen einzelne Muslim_innen bis hin zu brutalen Pogromen.

Die Zerstörung der Babri-Masjid im Dezember 1992 markierte einen Wendepunkt in der Hindutva-Mobilisierung und lieferte das Narrativ für die

kommende Faschisierung. Damals stürmten tausende Hindutva-Anhänger die im 16. Jahrhundert erbaute Moschee Babri Masjid. Sie zerstörten das Gotteshaus mit Hämmern, Spitzhacken und blossen Händen, während der Staat den Angriff zuließ und ermöglichte. Es folgten massive landesweite Pogrome: In den darauffolgenden Monaten wurden Hunderte Muslime ermordet, ihre Häuser niedergebrannt und Moscheen zerstört. Es war eine strategisch geplante Aktion der RSS und des BJP. Die Konstruktion einer Hindu-Nation zur Legitimation und Durchsetzung der Ausbeutungsverhältnisse erfordert die permanente Produktion von Muslim_innen als externe Bedrohung, die geeint bekämpft werden muss. Die Ereignisse markierten einen Sprung im Hindutva-Projekt. Die faschistische Logik der Hindu-Überlegenheit wurde legitimiert, gewaltbereite faschistische Kräfte politisch gestärkt und offene, massenhafte Angriffe auf muslimische Gemeinden normalisiert.

Diese Gewalt ist eingebettet in eine breitere hegemoniale Strategie, die Brahmanismus und das Bild einer exklusiven Hindu-Nation¹⁵ (Akhand Bharat) instrumentalisiert, um soziale Kontrolle zu sichern: sie verbindet religiöse Stigmatisierung mit Kasten

und Klassenhierarchien, rechtfertigt Ausschluss durch kulturelle und historische Mythen und nutzt staatliche und zivile Institutionen (Schule, Verwaltungsapparate, politische Netzwerke) zur Normalisierung und Durchsetzung von Diskriminierung und Gewalt. Dieser institutionalisierte Terror zeigt sich paradigmatisch an den Pogromen von Gujarat im Jahr 2002, nur drei Monate nachdem Narendra Modi als Regierungschef des Bundesstaats übernommen hatte. Der Sabarmati Express Zug brannte, Modi und seine Kameraden hetzten gegen muslimische Mitmenschen und schon wütete der Mob in den Strassen. Es dauerte Wochen bis sich die Lage wieder beruhigt hatte: Tausende Muslim_innen wurden verletzt und getötet; Kinder, Frauen und Männer bei lebendigem Leibe verbrannt; Massenvergewaltigungen und Plünderungen fanden statt; religiöse Stätten wurden geschändet und ganze Viertel in Brand gesetzt.

Die RSS und die anderen faschistischen Schlägertrupps waren gut vorbereitet; die verschiedenen Staatsebenen unterstützten und koordinierten die Gewaltexzesse. „Vibrant Gujarat“ nannten Modi und der Komprador Adani die Business-Plattform zur Förderung grosser ausländischer Investitionen, die sie im Jahr nach den Pog-

¹⁵ 2019 wurde die Idee einer Hindu-Nation und die Ausgrenzung von Muslim_innen mit dem Citizenship Amendment Act auch auf legislativer Ebene landesweit institutionalisiert, indem die Vorstellung von Staatsbürgerschaft umdefiniert wurde. Nur Hindus aus den Nachbarländer Afghanistan, Pakistan und Bangladesch sollen als Flüchtlinge anerkannt werden—während Muslime explizit ausgeschlossen wurden. Die Parallelen zum Nationalstaatsgesetz der zionistischen Siedler_innenkolonie, das 2018 von der Knesset verabschiedet wurde und den Kolonialstaat als ausschliesslich jüdisch definiert, liegen auf der Hand.

romen lancierten. Auch Ambani und Tata waren bald schon mit an Bord.

II.4. Verbindung Hindutva-Faschismus und Imperialismus

Die Hinwendung der Kompradorenbourgeoisie zum Hindutva-Faschismus als bevorzugtes Modell zur Durchsetzung ihrer Interessen zeigte sich in Gujarat somit schon Jahre bevor Modi, RSS und BJP das Modell nach seinem Wechsel 2014 in die Hauptstadt auf ganz Indien anzuwenden begannen. Es war ein erfolgreicher Test für das Zusammenspiel hindu-nationalistischer Mobilisierung, staatlicher Repression und faschistischem Terror zur Implementierung deregulierender Massnahmen. Ökonomische Liberalisierung und kultureltherhaltende, brahmanistische Nationserzählungen greifen ineinander, wobei die Savarna-Hegemonie gestärkt wird. Eine Erzählung vom grossen, neuen Indien, von wirtschaftlicher Modernisierung dient als Legitimation für eine brutale und repressive Politik, wobei versucht wird, soziale Widersprüche (Klasse, Kaste, Religion, etc.) zu kanalisieren. Muslimische Gemeinden werden dabei systematisch marginalisiert, durch Ausschluss von Ressourcen, Sicherheit und politischer Teilhabe und durch institutionelle Straflosigkeit für anti-muslimische Gewalt. Es ist dieses Gujarat-Modell, das Modi und die BJP seit 2014 landesweit reproduzieren.

Die konkreten Verhältnisse des gesellschaftlichen indischen Kontextes formten den gegenwärtigen brahma-

nischen Hindutva-Faschismus. Der maoistische Philosoph K. Murali, auch bekannt als Genosse Ajith, bringt das folgendermassen auf den Punkt:

„Der Faschismus entspringt dem Versuch der Imperialist_innen und der herrschenden Klassen Indiens, die kritischen Herausforderungen zu bewältigen, die sich ihnen in der politischen und der wirtschaftlichen Sphäre stellen. Der explizite Brahmanismus entsteht aus der besonderen Legitimitätskrise des indischen Staates. Seine aggressive Haltung kommt von der faschistischen Natur der RSS.“

Die national-chauvinistische Sprache der BJP täuscht nicht darüber hinweg, dass sie eine Politik im Dienste des imperialistischen Kapitals verfolgt. Auch die BJP setzt die oben beschriebenen Entwicklungen weiterhin durch: Es wird weiter privatisiert und dereguliert, hinderliche demokratische Rechte und staatliche Regulierungen werden abgebaut, kritische Stimmen mundtot gemacht und die Selbstorganisation der unterdrückten und ausgebeuteten Klassen eingeschränkt. Es läuft ein breiter Angriff auf die Errungenschaften vergangener Kämpfe und auf demokratische und fortschrittlichen Kräfte. In den Strassen marschieren faschistische Schlägertrupps. Die Politik der BJP und der RSS dient keineswegs mehr den „nationalen Interessen“ als die Politik des INC – sie setzt die Interessen der Imperialist_innen und der lokalen Ausbeuterklassen nur aggressiver um und legen im Um-

gang mit dem Widerstand der Volksmassen noch weniger Zurückhaltung an den Tag.

Dafür bauen Modi und die BJP ihr Arsenal an gegen das Volk gerichteten Mitteln weiter aus. So wurde beispielsweise der „Unlawful Activities Prevention Act (UAPA)“ – ein sogenanntes Anti-Terror-Gesetz aus dem Jahr 1967 – verschärft. Es ermöglicht willkürliche Inhaftierungen und eine lange Untersuchungshaft. Es wird massenhaft gegen Regierungskritiker_innen, Journalist_innen, kritische Intellektuelle, Menschenrechtsaktivist_innen oder Revolutionär_innen angewendet – ein Anstieg von mehr als einem Drittel seit 2019. Nach Auswertungen der CPI (Maoist) wurden zwischen 2014 und 2022 unter Modi 10'552 Personen unter Anwendung des drakonischen UAPA verschleppt, woraus nur 253 Urteile mit lebenslanger Haft resultierten. Die meisten politische Gefangene werden ohne Verurteilung oder gar ohne Gerichtsverhandlung wieder aus der Untersuchungshaft entlassen – und viele von ihnen werden kurz darauf einfach erneut verhaftet. Offizielle Zahlen belegen, dass 97.5 % der Menschen, die zwischen 2016 und 2020 unter Anwendung des UAPA verhaftet wurden, für Jahre ohne Gerichtsprozess in Gefangenschaft blieben. Das ist in Indien auch in anderen Verfahren keine Seltenheit. Menschen,

die den Herrschenden unbequem sind, werden unter fadenscheinigen und konstruierten Anschuldigungen inhaftiert, während der Gerichtsprozess immer weiter aufgeschoben wird. Die BJP baute in den letzten Jahren ihren Einfluss auf den obersten Gerichtshof und das Justizwesen weiter aus.¹⁶ Tausende politische Gefangene füllen die indischen Knäste. Die Regierung selbst rechtfertigt die repressive Politik gerne damit, „Urbane Naxaliten“ und den „Naxalismus mit Stift und Gewehr“ auszurotten – eine Rhetorik, die alle Formen des Widerstands als terroristisch kriminalisiert und weitreichende Massnahmen legitimiert. Mit der Verabschiedung von drei neuen Gesetzesentwürfen wurden Ende 2023 Elemente des UAPA ins allgemeine Strafrecht aufgenommen und die Repression gegen jeglichen Dissens weiter verschärft. Die Befugnisse von Überwachungsstaat und Polizei wurden ausgebaut – beispielsweise der Ermessensspielraum bei der Aufnahme von Strafanzeigen, womit die Privilegien der Reichen weiter zementiert werden. Der Klassencharakter von Staat und Justiz zeigt sich hier deutlich.

Aber auch die parlamentarische Prozess, der dazu führte, ist bemerkenswert. Rund eine Fünftel der Sitze der Lok Sabha und des Parlaments blieben bei diesen Sessionen leer, denn zum

¹⁶ Ein bezeichnendes Beispiel ist das Urteil des Obersten Gerichtshofs von 2019 zum Ayodhya-Tempel: Das Gericht genehmigte die Konstruktion eines Hindu-Tempels an dem Ort, wo die Babri-Moschee gestanden hatte – ein Sieg für Hindutva. Im Jahr 2024 weihte Modi den Tempelneubau ein und erklärte den Tag zum Beginn einer neuen Ära.

damaligen Zeitpunkt waren dutzende oppositionelle Parlamentarier_innen suspendiert. Zur Durchsetzung der Hindutva-Agenda wurden oppositionelle Teile des Parlaments kurzerhand ausmanövriert. Anscheinend ist die faschistische Hegemonie so weit gefestigt, dass diejenigen Teile des Parlaments, die nicht zur aggressiven brahmanisch-faschistischen Fraktion gehören oder ihren Plänen im Wege stehen, offen ausgegrenzt werden können. Ein neuer Schritt im Vorgehen der BJP und ein weiteres Hindernis, dass im Feldzug des Hindutva-Faschismus gegen die grundlegendsten Rechte des Volkes aus dem Weg geräumt wurde – ohne dass dafür das parlamentarische Schauspiel als solches gestrichen werden musste. Angesichts der starken Fragmentierung der indischen Gesellschaft ist das parlamentarische System für die herrschenden Klassen weiterhin von Nutzen. Es sichert die Herrschaft von Kompradorenbourgeoisie und Grossgrundbesitzern, während es trotzdem den Einbezug von Teilen anderer Klassen und verschiedener Kastenvertretungen ermöglicht.

II.5. Perspektivische Antworten auf die Faschisierung

Der faschistische Würgegriff festigt sich. Doch durch das aggressive Vorgehen werden auch immer breitere Teile der Massen für den antifaschistischen Kampf mobilisiert. Die revolutionäre Bewegung in Indien steht vor der Aufgabe, Antworten auf den Hindutva-Faschismus zu finden. Sie muss

Wege finden, wirksame Gegenmassnahmen gegen die Faschist_innen zu treffen, um ihre Hegemonie zurückzudrängen und die eigenen Strukturen vor den faschistischen Angriffen zu schützen. Verschiedene offizielle Dokumente der CPI (Maoist) bezeugen, dass sich die Partei dieser Verantwortung bewusst ist und seit langem eine Einheitsfront mit allen demokratischen Kräften anstrebt, die ein Interesse daran haben, der faschistischen Offensive entgegenzutreten. Nach seinem Rücktritt als langjähriger Generalsekretär gab der Genosse Ganapathy dem People's March, ein Magazin der maoistischen Bewegung Indiens, im August 2019 ein ausführliches Interview anlässlich seines Ruhestandes, in dem er dies konkret ausführte:

„Was die Haltung unserer Partei gegenüber dem brahmanischen Hindutva-Faschismus betrifft: Religiöse Minderheiten, Dalits und die Völker der unterdrückten Nationalitäten kämpfen dagegen. Diese Kämpfe sind getrennt voneinander im Gange und gewinnen allmählich an Dynamik. Unsere wichtigste politische Aufgabe besteht darin, die brahmanisch-hinduistisch faschistische Politik der Ausbeutung und Unterdrückung des Volkes ins Visier zu nehmen; das gesamte unterdrückte Volk zu mobilisieren; durch unsere Klassenorganisationen und andere Organisationen ein kontinuierliches Agitations- und Propagandaprogramm gegen den Hindutva-Faschismus zu betreiben; und durch den

Aufbau einer breiten Einheitsfront eine militante Bewegung zu entwickeln, um ihre Politik zu besiegen. Es liegt in der Verantwortung unserer Partei, diesen Bewegungen die richtige Anleitung und Führung zu geben und sie auf den Weg der Revolution zu bringen. Wir müssen die Initiative ergreifen, um Dalits, religiöse Minderheiten, insbesondere Muslime, sowie die säkularen und demokratischen Kräfte zu mobilisieren. Wir müssen ideologische, kulturelle und praktische Anstrengungen unternehmen, um tief in die ländliche und städtische Mittelschicht sowie ins Lumpenproletariat vorzudringen, um dort zu arbeiten, um die soziale Basis der hindu-faschistischen Kräfte in diesen Klassen zu zerstören. Wir müssen mit all jenen zusammenarbeiten, die sich in diesem Kampf engagieren, wie schwankend sie auch sein mögen. Für diesen Zweck müssen wir die Stärke des Volkes unbedingt umfassend erproben und ausschöpfen. Wir müssen verschiedene Taktiken anwenden und das Volk aktiv und kämpferisch in allen legalen und illegalen, offenen und geheimen Kämpfen mobilisieren; nur so können wir die Gefahr des brahmanisch-hinduistischen Faschismus besiegen. Entscheidend wird schlussendlich aber die gemeinsame Anstrengung verschiedener Organisationen, Vereinigungen und Foren sein. Diese müssen sich zu einer breiten Einheitsfront zusammenschließen und das Problem angehen. Nur dann können wir den brahmanisch-hinduistischen Faschismus eindämmen und besiegen.

Unsere Partei ist der Ansicht, dass diese Anstrengung als Basis für eine landesweite starke Einheitsfront gegen den brahmanisch-hinduistischen Faschismus dienen soll. “

III Indien im Kontext globaler Entwicklungen

Die beschriebenen Entwicklungen in Indien sind eingebettet in die globalen Entwicklungen, die von einer tiefen Krise des Kapitals und einer Verschärfung der imperialistischen Kriegstendenz geprägt sind. Die Staaten rüsten auf und die Militarisierung der Gesellschaft wird vorangetrieben. Die Faschisierung schreitet in den USA und Europa, aber auch vielen anderen Teilen der Welt, voran.

Während im Innern die präventive Aufstandsbekämpfung vorangetrieben wird, verschärfen sich gegen aussen die Spannungen im Ringen um Einflusszonen und Absatzmärkte. Immer offener und rücksichtsloser verfolgen die imperialistischen Staaten ihre Interessen und scheren sich dabei kaum noch darum, den Anschein von internationalem Recht aufrechtzuerhalten oder ihre kriegerischen Überfälle durch angeblichen Demokratie-Export und andere Märchen zu legitimieren. Ganz offen und unverblümt wird zugegeben, dass es um Einflusszonen, den Zugang zu Ressourcen und Märkten und Möglichkeiten zum Kapitalexport, geht. Die Zeichen stehen auf Krieg.

Besonders deutlich sehen wir das ak-

tuell am Beispiel der USA. Während die Gesellschaft im Innern militarisiert und die Repressionsapparate ausgebaut werden, verfolgt der US-Imperialismus seine Interessen ausenpolitisch wieder verstärkt mit offenkriegerischen Mitteln, sei es mit einem Krieg um Einfluss in der Ukraine, der Entführung eines unliebsamen Präsidenten aus Venezuela, mit Drohungen und Blockaden gegen Kuba oder einem Genozid in Palästina. Der US-Imperialismus terrorisiert die Völker dieser Welt und überzieht in Zusammenarbeit mit seinem militärischen Aussenposten, der zionistischen Siedler_innenkolonie, ganz Westasien mit Krieg und Verderben. Der Überfall auf den Iran ist die Fortsetzung und der vorläufige Höhepunkt des Versuchs, die ganze Region gefügig zu machen.

Immer aggressiver versucht die USA ihre bröckelnde globale Vormachtstellung zu verteidigen. Längerfristig steht für den US-Imperialismus dabei die Konfrontation mit dem aufstrebenden China im Vordergrund. Die zentrale Rolle Indiens in diesem Kontext wurde schon in B2 angetönt (vgl. B2 S. 3): Sollte es früher als Bollwerk gegen das maoistische China ein Aus-

breiten der Weltrevolution verhindern, ist es heute ein strategischer Partner gegen die wachsende Macht Chinas.¹⁷ Ende 2025 gaben die beiden Staaten bekannt, die militärische Zusammenarbeit für weitere zehn Jahre fortzusetzen und auszubauen.¹⁸

Insbesondere für das Indo-Pazifik-Konzept der US-Militärarchitektur spielt Indien eine wichtige Rolle. So regelt das Abkommen den Ausbau der militärischen Zusammenarbeit, unter anderem durch gemeinsame Marineübungen oder bei der Entwicklung von Waffensystemen. Der Ausbau der Marine ist einer der Schwerpunkte des aktuellen indischen Rekord-Verteidigungshaushalts. Militärische Zusammenarbeit bedeutet aus Sicht der USA immer auch: den Exportmarkt der US-Rüstungsindustrie sichern. Strategischer Partner der USA sein heisst, kompatibel mit US-Militärtechnologie zu sein. Am einfachsten ist dies durch entsprechende Einkäufe in den USA zu erreichen. Gleichzeitig hat die USA ein Interesse daran, Indien, in der Form von Joint-Ventures zwischen Rüstungsfirmen, in der Produktion von Rüstungsgütern zu schulen. Diese Rüstungsgüter werden von den

17 Schon in der damaligen Situation gab es hinsichtlich der chinesischen Revolution geteilte Interessen zwischen der indischen Kompradorenbourgeoisie und den Imperialist_innen. Das zeigt sich z.B. in den Protokollen der Finanzkommission der indischen Ingenieure von 1949-50: „Industriell fortgeschrittene Länder wie die USA und Großbritannien sollten sich dazu verpflichten, Indien zu einer industriellen Großmacht zu machen. Die Dringlichkeit der Lage in Südostasien macht dies erforderlich, und die relative Unfähigkeit der westlichen Mächte, in Südostasien wirksame Hilfe zu leisten, verlangt, dass Indien gestärkt wird, damit es als Bollwerk gegen die aufkommende kommunistische Welle in diesem Teil der Welt fungieren kann.“

18 Das entsprechende Abkommen wurde 2005 erstmals aufgesetzt und 2015 zum ersten Mal für zehn Jahre erneuert.

USA dann selbst bezogen. So lagert z.B. General Electric einen Teil seiner Produktion von Kampfjetturbinen nach Indien aus. Die entsprechenden Turbinen werden in indischen und US-amerikanischen Kampfjets verbaut. Während Indien nicht nur in den USA, sondern auch in Russland Milliardenbeträge für Rüstungsgüter ausgibt und sich weiterhin keinem Machtblock offiziell anschließen möchte, hat es hinsichtlich des wachsenden Einflusses Chinas geteilte Interessen mit dem US-Imperialismus. Die Beziehung zum grossen Nachbarn China ist

konfliktreich. Indien sieht sich als Regionalmacht und fühlt sich durch den Aufstieg Chinas bedroht.

Die weltweite Kriegstendenz schlägt sich auch im indischen Staatshaushalt in astronomischen Rüstungsausgaben nieder. Auch mit dem zionistischen Siedler_innenkolonialismus – beide fest eingespannt im Dienste des US-Imperialismus – gibt es viele Verbindungen: gemeinsame Militär Drills, das Training von indischen Tötungskommandos durch den Mossad, Investitionsabkommen, zehntausende indische Arbeiter_innen, die in die zionistische Kolonie geschickt wurden, um die fehlenden palästinensischen Arbeiter_innen zu ersetzen oder politische Rückendeckung für den Genozid in Palästina und den Krieg gegen den Iran. Bereits seit Jahren tätigt Indien auch einen Grossteil seiner Waffenkäufe in Israel. Inzwischen exportiert

der israelische Rüstungsproduzent Elbit Systems sein Kriegsmaterial aber nicht mehr nur nach Indien. Elbit Systems drängt auf den indischen Markt und will seine Position durch den Aufbau von Produktionsstandorten festigen. Der oben beschriebene Technologieexport begegnet uns auch in diesem Beispiel. 2018 startete Elbit eine Partnerschaft mit Adani Defence & Aerospace in Form eines Joint-Ventures, um die bestehende Zusammenarbeit zu vertiefen. Daraus resultierte in Hyderabad die erste und einzige Produktionsstätte von Elbits Drohne Hermes 900 ausserhalb der zionistischen Siedler_innenkolonie. Die Adani Group durfte im

Gegenzug 70 % der Anteile am Hafen Haifa im besetzten Palästina kaufen als er 2023 privatisiert wurde. Ein Milliardenbetrag floss dabei in die Kassen der zionistischen Kolonie. Letztere wird auch während dem anhaltenden Genozid am palästinensischen Volk weiter mit Kriegsmaterial aus indischer Produktion beliefert und der indische Staat stellt sich gegen Forderungen nach einem Waffenexportverbot.

Es ist aber nicht indisches Kapital, das die Unternehmungen der eben erwähnten Adani Group finanziert. Das Kapital wird von internationalen Banken und Investmentgesellschaften bereitgestellt.¹⁹ Dabei zeigt sich die Stellung Indiens in der weltweiten kapitalistischen Ökonomie:

¹⁹ Zum Beispiel durch die weltweit tätige Investmentgesellschaft GQG Partners. Sie

Auch wenn die indische Wirtschaft rasanten Wachstumswachstum verzeichnet, bleibt sie dennoch in einer abhängigen Position. Vom Wachstum profitieren ein paar wenige Gross-Komprador_innen, während sich die Lebensbedingungen der Volksmassen keineswegs bessern. Auch wenn einige dieser Komprador_innen inzwischen zu einer beachtlichen Grösse angewachsen sind (z.B. Adani Group, Reliance Industries, Vedanta Resources, Tata Group) und international tätig sind, ist ihr Aufstieg durch ihre zudienende Stellung limitiert. Im Vergleich zu den dominanten multinationalen Unternehmen sind sie weiterhin unbedeutend und ihre Übernahmen im Ausland werden durch grosse internationale Banken ermöglicht.²⁰ Dabei wird also kaum indisches Kapital exportiert. Den indischen Komprador_innen wird der Zugang zu Geschäftsbereichen gewährt, die dem imperialistischen Kapital nicht mehr gewinnbringend scheinen – ein Prozess, wie er auch in der Vergangenheit bereits stattfand, in Indien z. B. in der Textilindustrie oder der Zuckerproduktion.

Die indische Kompradorenbourgeoisie fand und findet beste Voraussetzungen zum Wachsen vor, wobei sie

den imperialistischen Würgegriff – zuerst des britischen Imperialismus, bald schon mehr des US-Imperialismus – weiter stärkt und die Unterwerfung Indiens unter imperialistischen Interessen zementiert. Indiens Wirtschaftswachstum basiert auf dem Ausverkauf indischer Arbeitskraft und der Ausplünderung indischer Ressourcen durch den Imperialismus. Die Abhängigkeit von imperialistischem Kapital und Technologie bleibt enorm. Auch wenn Indien ein grosses und bevölkerungsreiches Land ist und sein wirtschaftliches Gewicht den herrschenden Klassen Indiens einen gewissen Spielraum zum Navigieren der sich verschärfenden Widersprüche zwischen den imperialistischen Mächten Russland, China und USA ermöglicht, bleibt es doch eine abhängige, unterdrückte Nation und in seinem Status als Halbkolonie gefangen.

Auch die Operation Kagaar – dieser Krieg gegen das Volk, den die herrschenden Klassen Indiens mit imperialistischer Unterstützung, insbesondere aus Israel und den USA, führen – ist Teil dieser weltweiten Entwicklungen. Während die imperialistischen Kapitalfraktionen weltweit um Einflusszonen ringen und sich die kriegerrische

wurde 2016 in den USA gegründet und hat seinen Hauptsitz in Florida (USA), betreibt aber global Büros und verwaltet internationale Fonds. Sie sorgte dafür, dass dutzende Millionen aus australischen Altersvorsorgefonds in verschiedene Unternehmungen der Adani-Gruppe fliessen und so Umweltzerstörung und Krieg finanzieren und davon profitieren. Ende 2024 haben zwei dieser australischen Altersvorsorgefonds (CareSuper und Rest) bekannt gegeben, dass sie diese Investitionen einstellen.

²⁰ Zum Beispiel kaufte die Tata Gruppe 2007 für 10.3 Mrd. US-Dollar den europäischen Stahlproduzenten Corus. 2008 übernahm sie für 2.3 Mrd. US-Dollar die Marken Jaguar und Land Rover von Ford. Auch diese Geschäfte wurden von internationalen Banken finanziert.

Neuaufteilung der Welt anbahnt, soll das Volk entwaffnet werden. Denn die grossen imperialistischen Kriege, der Erste und der Zweite Weltkrieg, brachten nicht nur bittere Not, unermessliches Leid und grosse Zerstörung, sondern auch Revolutionen mit sich – die Oktoberrevolution 1917 und die chinesische Revolution 1949. Das soll sich auf keinen Fall wiederholen und jeglicher potentiell gefährliche Widerstand soll präventiv gebrochen werden. Ohne Waffen ist das Volk den Plänen der Imperialist_innen wehrlos ausgeliefert.

Wie in Indien sieht sich auch die revolutionäre Bewegung in den Philippinen mit einer staatlichen Aufstandsbekämpfungsoffensive konfrontiert und in Palästina, Libanon oder Rojava sehen wir ebenfalls, wie grosser Druck auf bewaffnete Strukturen des Volkes ausgeübt wird. Federführend ist in all diesen Fällen jeweils der US-Imperialismus. Denn sie fürchten, was der gefallene Generalsekretär der CPI (Maoist), Genosse Basavaraj, vor einigen Jahren in einem Interview erklärte: „Die nationalen Befreiungskämpfe in den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, die Aufstände der arabischen Völker gegen diktatorische Herrscher, die Kämpfe der Arbeiter_innenklasse, die sich in den imperialistischen Ländern in grossem Umfang entwickeln, die revolutionären Bewegungen in einigen Ländern und die bewaffneten Kämpfe islamischer Guerilla-Organisationen in einigen Ländern

gegen imperialistische Länder wie die USA und Grossbritannien bereiten den Imperialist_innen schlaflose Nächte. Infolgedessen mussten sich die von den USA

angeführten NATO-Truppen im vergangenen Jahrzehnt aus dem Irak zurückziehen. Sie werden sich in den kommenden zwei Jahren aus Afghanistan zurückziehen. Der Grund dafür ist nichts anderes als ihr Rückgriff auf aggressive Kriege gegen den Willen des Volkes, die Verübung von Massakern und das auf die Strasse Treiben der Menschen durch Ausbeutung und Unterdrückung. Obwohl es derzeit kein einziges sozialistisches Land gibt, entwickelt sich also weltweit eine hervorragende revolutionäre Situation. Wenn wir diese geschickt nutzen können, gibt es reichlich Möglichkeiten für die revolutionären Kräfte, siegreich voranzukommen.“

IV Die Lage der indischen Revolution

Die Ziele, grundsätzliche Strategie und unzähligen eindrucklichen Errungenschaften der maoistischen Bewegung sind in B2 (S. 17) beschrieben, wir wollen sie hier jedoch nochmals vertiefen

“Der Stachel (der Revolution] sitzt tief” haben wir in der Broschüre 2008 geschrieben – und dies war und ist bis heute der Fall. Der indische Staat führt entsprechend eine Aufstandsbekämpfung nach der anderen durch und entwickelte so einen brutalen Krieg gegen

das Volk.²¹ Der scharfe Angriff auf die maoistische Bewegung als führende Kraft der revolutionären Bewegung Indiens findet heute natürlich auch vor dem Hintergrund der tiefen politischen und ökonomischen Krise und einer voranschreitenden Faschisierung statt. Anders das Ziel des Innenministers Amit Shah, Indien bis März 2026 „maoistenfrei“ zu machen, für das die grosse Propagandatrommel angeworfen wurde. Kurz nach dessen Bekanntmachung 2025 startete die Regierung die Operation Kagaar (“Operation Schwarzer Wald”). Diese umfasst den Einsatz modernster Kriegsausrüstung wie israelischer Drohnen, Ermordungskampagnen (im Mai 2025 wurde der ehemalige Generalsekretär der PCI-Maoist und 30 weitere Genossinnen und Genossen liquidiert) und die grossflächige Einrichtung von über 300 „Security Camps“ genannten Militärstützpunkten mit mehr als 60 000 Soldaten in von Adivasi dominierten Gebieten. Die aktuelle militärische Offensive der herrschenden Klassen gegen den langandauernden Volkskrieg wird durch eine Repressionswelle in den Städten begleitet. Alle “Naxalit_innen, ob mit einer Waffe oder einem Stift in der Hand”, wurden zur Zielscheibe erklärt. Die Repression verfehlt ihre Wirkung nicht. 470 echte oder vermeintlich Mitglieder der Partei wurden in kurzer Zeit ermordet, und die befreiten Gebiete verkleinern

sich stetig.

Es war ein verlustreiches Jahr für die CPI (Maoist). Die Partei steht unter grossem Druck, hält aber weiterhin an ihrem Weg fest. Die revolutionäre Bewegung lebt nicht von einzelnen Kämpfer_innen und Parteikadern, sondern von ihrer Verankerung in den Massen und im Bewusstsein der Unterdrückten. Solange die Partei überlebt, solange sie den Pfad der Revolution weiter beschreitet und an der Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes zur Machtergreifung durch die unterdrückten und ausgebeuteten Klassen festhält, bedeuten die Verluste von Genoss_innen oder von befreiten Gebieten zwar schmerzhaft Rückschläge, doch niemals das Ende ihres Kampfes. Solche Entwicklungen gab es auch im Verlauf des langandauernden Volkskrieges in China. Die Dynamik der Klassenkämpfe, das Voranschreiten des revolutionären Prozesses verläuft nicht linear und selbst grosse Verluste können überwunden und wettgemacht werden, sofern korrekte Lehren gezogen und entsprechende Gegenmassnahmen umgesetzt werden.

Trotzdem bleibt der Verlust grosser befreiter Gebiete und der umfassenden Volksmacht, die dort über mehrere Jahrzehnte hinweg entwickelt werden konnte, eine bittere Erfahrung für die revolutionäre Bewegung und die Menschen, die dort leben. Denn in diesen

21 Seit 1989 wird die anti-maoistische Spezialeinheit Greyhounds aufgebaut, von 2005 bis 2011 wütete die paramilitärische Salwa Judum, seit 2009 gibt es die „Operation Green Hunt“, seit 2018 die „Operation Samadhan“, seit 2020 die „Operation Prahhaar“, seit 2024 die „Operation Kagaar“, 2025 die „Operation Black Forest 1“ und 2026 die „Operation Black Forest 2“, etc.

Gebieten hatten die Unterdrückten ihr Schicksal selbst in die Hände genommen und unter Führung der CPI (Maoist) die Revolutionären Volkskomitees (Krantikari Janatana Sarkar) aufgebaut. So wurde die Neudemokratische Revolution vorangebracht, wahre Volksdemokratie entwickelt und die Lebensbedingungen der Menschen beträchtlich verbessert. Grossgrundbesitzer_innen wurden enteignet und das Land unter den Bäuer_innen neu verteilt, entsprechend der Forderung "land to the tiller". Formen der kollektiven Landwirtschaft wurden entwickelt und Anbaumethoden verbessert, die Ernte gesteigert und die Nahrungsmittelsicherheit deutlich angehoben. Die Guerillaeinheiten schafften Bildungsangebote und bieten den Menschen medizinische Versorgung.

Was das alles im Detail bedeutet, beleuchtet Amit Bhattacharyya im Essay „The World Turned Upside Down“, in dem er die ökonomischen und sozialen Fortschritte analysiert, welche die maoistische Bewegung von den 1980er bis in die 90er Jahre in Gadchiroli – eine Gegend in Dandakaranya, einer der Hochburgen der Revolution – erzielte. Die Staatsmacht wurde unwirksam gemacht und das imperialistische Entwicklungsmodell durch ein Entwicklungsmodell im Dienste der Volksmassen ersetzt. Früher mobilisierten sich die Bäuer_innen über das Problem der Landrechte. Doch ohne Staatsmacht verschwand dieses Problem und die Frage der Ernte

wurde zum zentralen Punkt – ein Ausdruck der neudemokratischen Macht und der veränderten materiellen Bedingungen, die neue Ideen, neue Fragestellungen hervorbrachten. Länger hielt sich die Macht der Dorfvorsteher, Stammesführer und andere rückständige Elemente, die sich auf lokale Traditionen und Bräuche stützten, an denen viele Adivasi festhielten, und sie zum Beispiel durch bestimmte der Fronarbeit ähnliche Formen ausbeutete. Der Überbau veränderte sich nicht unmittelbar oder automatisch. Dafür brauchte es Zeit und Arbeit. Damit der Präsenz der maoistischen Bewegung auch die Kontrolle des staatlichen Wald Departements, das die Adivasi belästigte und ihre Rechte beschnitt, zurückgedrängt wurde, konnten bereits in den ersten Jahren grosse Waldflächen nutzbar gemacht werden. Als sich das herumsprach und staatliche Übergriffe weiterhin ausblieben, migrieren immer mehr landlose, arme und mittlere Bäuer_innen in die befreiten Gebiete – Tendenz, die bis weit in die 90er Jahre hinein anhielt. Die Migrationsbewegung wurde so gross, dass die Maoist_innen schliesslich das Fällen der Bäume einschränken mussten. Der Bedarf nach Ackerland war gross und die Umverteilung des Bodens ein zentraler Punkt: In der analysierten Zeitspanne erhielten in Gadchiroli 20 % der landlosen Bäuer_innen neues und 80 % der armen Bäuer_innen zusätzliches Land. Insgesamt bekamen mehr als die Hälfte der Menschen neuen Zugang zu zusätzlichem Boden. Der Ein-

satz von Traktoren wurde gesteigert. Neue Gemüsesorten werden kultiviert und Fische gezüchtet. Die Ernährung der Menschen wurde vielfältiger, reichhaltiger und reichlicher. Während früher viele nur eine Suppe und eine dürftige Portion Reis am Tag in den Magen bekamen, wurde die Suppe für die meisten Bäuer_innen nun zu einer Zwischenmahlzeit, ergänzt durch zwei grosszügige Portionen Reis am Tag. Die Familien konnten einen Vorrat an Reis anschaffen, der für mehrere Monate reicht. Durch die positiven Auswirkungen auf ihre Lebensrealität wuchs unter den Massen die Einsicht in die Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit der Organisierung und es entstanden verschiedene neue Organisationen, wie der Dandakaranya Adivasi Landarbeiter_innen Organisation (Dandakaranya Adivasi Ryutu Coolie Sangham; DARKS), der bis zum Jahr 1990 bereits 15'000 Bäuer_innen angehörten, oder die Revolutionäre Adivasi Frauen Organisation (Krantikari Adivasi Mahila Sangathan; KAMS). Die radikalen Massenorganisationen konnten bessere Verkaufspreise für die Waren durchsetzen, die Guerilla unterband die halsabschneiderische Praktiken der Geldverleiher und die Profite der Händler wurden durch die Partei zuerst auf 10 % begrenzt und später wurden die Preise dann durch die Massenorganisationen festgeschrieben. Den Adivasi stand mehr Geld zur Verfügung, ihre Kaufkraft stieg von 1980 bis 2000 deutlich und sie können vermehrt Einkäufe tätigen, beispielsweise

se Gemüse, Fisch, Öl, Zucker, Salz, Chili Pulver, und selbst „Luxusgüter“ wie Tee, Seife und andere Kosmetika. Auch Kleider, Velos, Motorräder, Radios, Fernseher und ähnliches wurden immer verbreiteter. Damit einher ging eine Ausweitung des Marktes und die Entstehung einer kleinbürgerlichen Klasse in diesen Dörfern. Die Veränderung der gesellschaftlichen Basis führte zu Veränderungen der Klassenkonstellation in diesen Gebieten.

Mit der Entwicklung des revolutionären Bewusstseins der Menschen wurden auch kulturelle und soziale Veränderungen vorangebracht, besonders die Befreiung der Frau. Das Verhältnis zwischen den Geschlechtern veränderte sich. Es wurden Frauenorganisationen aufgebaut und patriarchale Strukturen und Traditionen zurückgedrängt. In einem Interview im Magazin People's March beschrieb die Genossin Maina, ein Mitglied des Dandakaranya Special Zone Committee, die Veränderungen, welche die Frauenbewegung erkämpft, hatte: *„Frauen halten nun eigenständig Versammlungen ab. Sie mobilisieren sich nicht nur zu Tausenden zu Demonstrationen, sondern stehen auch an vorderster Front. Sie sprechen furchtlos mit Nicht-Adivasis. Sie wehren sich gegen Polizeigewalt. Sie stellen die Vorherrschaft der Stammesführer in Frage. Wenn ihre Ehemänner sie quälen oder ihre Eltern sie zur Heirat zwingen, beanstanden sie das bei der Organisation und besprechen es in ihren Versammlungen.“*

Nichts davon war in ihren früheren Leben möglich.“

Diskriminierende soziale Praktiken²² wurden reformiert oder zurückgedrängt, traditionelle Geschlechterrollen aufgebrochen und patriarchale Besitzverhältnisse abgebaut. Die traditionelle Kleiderordnung der Adivasi wurde aufgeweicht und Frauen setzten das Recht durch ihren Oberkörper zu bekleiden, sie übernahmen ihnen bisher vorenthaltene Rollen in Landwirtschaft²³ und Gesellschaft, das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ wurde umgesetzt, finanzielle Unabhängigkeit vom Ehemann ermöglicht und das gesellschaftliche Mitspracherecht vergrößert.

Wenn die Revolutionären Volkskomitees neu Land an Familien verteilen, dann wird es nicht nur auf den Mann, sondern auch auf die Frau übertragen. Und als Teil oder manchmal auch Vorsitzende der Revolutionären Volkskomitees beteiligen sich die Frauen und übernehmen Verantwortung in den verschiedensten Bereichen, wie Gesundheit, Bildung, Medizin, Schutz, etc. Einige Frauen fällen als Teil der Volksgerichte sogar Urteile – eine Rolle, die in traditionellen Adivasi-Gesellschaften oder feudalen Gesellschaften unvorstellbar wäre. Genossin Maina erzählt von einem neuen Selbstvertrauen und einem politischen Be-

wusstsein der Frauen, dass im Kampf gewachsen ist: *„Heute kann niemand den Frauen mehr die uralten Traditionen aufzwingen“.* *Vielleicht haben sich diese Veränderungen in der Gesellschaft ausserhalb der von Kämpfen geprägten Gebiete noch nicht vollzogen. Hier hat sich das Bild gewandelt. Hier haben Frauen das Recht, Macht auszuüben. Sie würden es einfordern. Zwangsheiraten gibt es so gut wie gar nicht mehr. Frauen beteiligen sich an allen Kämpfen und sind zu Anführerinnen geworden. Die Adivasi-Frau aus Bastar, die früher niemals eigenständig an einer Demo teilgenommen hat, die niemals eine solche angeführt hat, ist nun vom Organisationsbewusstsein durchdrungen. Ihr revolutionäres politisches Bewusstsein hat sich entwickelt. Jetzt belagern sie die Polizeistation, um die Leichen der Märtyrer zurückzuholen. Sie spielen eine aktive Rolle bei Guerillaangriffen. Aufgrund ihres gestiegenen Organisationsbewusstseins mobilisieren sich die Frauen für Aktionen, angefangen auf Dorfebene bis hin zur Landesebene. Sie stellen nicht nur die Beamten der Verwaltung und der Polizei in Frage, die Frauen von Bastar blasen die Sirenen des Kampf als unverzichtbarer Teil der gegenwärtigen revolutionären Geschichte Indiens.“* Jedes Jahr begehen zehntausende Frauen in tausenden Dörfern den 8. März mit Ak-

22 Von traditionellen patriarchal geprägten Tanzritualen (Gotul-Tanz), die zur sexuellen Belästigung von Frauen einluden, bis hin zur traditionellen Verbannung menstruierender Frauen aus dem Dorf.

23 So war es Adivasi-Frauen beispielsweise nicht erlaubt, die Aussaat zu tätigen. Durch die Arbeit der KAMS und der CPI (Maoist) konnte dies überwunden werden.

tivitäten, die von der Revolutionären Adivasi Frauen Organisation organisiert werden. Politische Bildung wird organisiert und Aufklärungskampagnen gegen patriarchale Unterdrückung werden durchgeführt.

Viele Frauen schliessen sich auch dem bewaffneten Kampf an. Die revolutionäre Frauenbewegung in Indien wuchs parallel zum und mit dem bewaffneten Kampf gegen feudale Unterdrückung. Mit der Ausbreitung des langandauernden Volkskrieges wuchs auch die Mobilisierung der Frauen, was zur Entstehung der starken Frauenbewegung führte. Heute besteht die People's Liberation Guerilla Army PLGA (Volksbefreiungs-Guerilla-Armee) zur Hälfte aus Kämpferinnen und Frauen übernehmen viele Führungsfunktionen. Als Teil des Klassenkampfes entwickelt sich der Kampf gegen patriarchale Unterdrückung zusammen mit dem langandauernden Volkskrieg.

Klar ist: Der Kampf geht weiter, denn die revolutionäre Bewegung lebt nicht von einzelnen Kämpfer_innen und Parteikadern, sondern von ihrer Verankerung in der Gesellschaft und im Bewusstsein der Unterdrückten. Dass die maoistische Bewegung zudem, wie es ein dialektisches Strategieverständnis erfordert (Vgl. B2 S. 17 ff.) in der Lage ist, ihre Strategien zu überdenken und so versucht "Situationen geschickt auszunutzen" wie es Basavaraj fordert, lässt sich auch an der Auseinandersetzung der CPI (Maoist) mit der Rolle urbaner Gebiete nachvollziehen.

IV.1. Der Volkskrieg und die Rolle der Städte

Die CPI-Maoist geht in Indien von einer dynamischen Klassensituation aus. Der Übergang des Feudalismus/Halbfeudalismus zum Kapitalismus bedeutet einerseits einen doppelseitigen Charakter der Revolution, antiimperialistisch und antifeudal, andererseits auch Kampf in den ruralen und den urbanen Gebieten gegen die Kompradoren- und Monopolbourgeoisie. Mittlerweile leben 36.9 % der Bevölkerung in den Metropolen, in denen 63% des BIP erarbeitet wird.

Die Urwälder Indiens sind schon seit tausenden von Jahren bewohnt von verschiedensten kleineren und grösseren Bevölkerungsgruppen, die dort im Einklang mit der Natur lebten. Manche von ihnen leben noch heute dort, führen denselben Lebensstil wie ihre Vorfahren, doch in Indien um sie herum hat sich seit damals alles verändert. Die beschriebene "Stadtflucht" (vgl. 1.2. Landwirtschaft), die Millionen Menschen ins Elend treibt, hat auch in den Städten breiten und organisierten Widerstand ausgelöst. Die veränderten Bedingungen haben eine äusserst differenzierte Klassensituation geschaffen, auf die für eine revolutionäre Entwicklung eine konkrete Antwort gesucht werden muss.

Die beschriebenen ökonomischen und sozialen veränderten Bedingungen drängten die Maoist_innen dazu, die Perspektiven des Volkskrieges in den industriellen Zentren Indiens zu

studieren und eine adäquate Strategie dazu vorzulegen. Die indischen Maoist_innen verfügen zwar mit dem Konzept des langandauernden Volkskrieges über eine vielfach erfolgreich erprobte Grundstrategie, doch müssen neue gesellschaftliche Entwicklungen antizipiert werden (Vgl. B2 S. 20 ff.) Der langandauernde Volkskrieg besteht aus der Analyse der Gesellschaft, aus einem revolutionären Programm und einer politisch-militärischen Strategie, die sich aus Guerillakrieg, Bewegungskrieg und Stellungskrieg zusammensetzt. Strategisches Ziel ist der Aufbau von Stützpunktgebieten, die sich in einem langandauernden Kampf immer weiter ausdehnen und schliesslich die metropolen Zentren umzingeln.

Auf die veränderten gesellschaftlichen Bedingungen hat die CPI (Maoist) immer wieder mit militär-politischen Debatten und neuen Vorschlägen reagiert. Zentral waren dabei die Überlegungen zur Neuzusammensetzung der Klassen und damit die urbanen Perspektiven im Rahmen des Volkskrieges. Schon am 9. Kongress 2001 betonte die Partei die Wichtigkeit der politischen Arbeit in den Städten. Die „Arbeit in den urbanen Gebieten hat eine spezifische Bedeutung für unsere revolutionäre Arbeit [...], in unser Revolution, welche der Linie des langandauernden Volkskrieges folgt. [...] Wir sollten nicht den dialektischen Zusammenhang zwischen der Entwicklung einer urbanen Bewegung

und der Entwicklung des Volkskrieges vergessen.“ Wir hier, in den imperialistischen Metropolen, sind aus naheliegenden Gründen besonders daran interessiert, die Erfahrungen, die im urbanen Kampf im Trikont gemacht wurden, zu studieren.

IV.2. Die urbane revolutionäre Bewegung

Der Kampf in den urbanen Zentren des Trikots hatte – entsprechend den jeweiligen gesellschaftlichen Verhältnissen – schon immer eine wichtig Rolle im revolutionären Prozess. Doch während in der Vergangenheit, in den 1960er und 70er Jahren, die uruguayische MLN Tupamaros von einem strategischen Stadtguerilla Konzept ausgingen, die brasilianische ALN Marighellas die Stadtguerilla als Ausgangspunkt für den Kampf in den ruralen Gebieten konzipierte und die argentinische PRT/ERP Stadtguerilla und die Guerilla im ländlichen Tucuman kombinierte, erweiterte die CPI (Maoist) den langandauernden Volkskrieg um ein umfassendes Konzept für den Kampf in den urbanen Zentren. Zwar gibt es Erfahrungen des langandauernden Volkskrieges mit dem Kampf in den Städten, wie sie beispielsweise die FNL in Saigon oder später die PCP in Lima gemacht hat, doch das Einzigartige des Dokuments²⁴ „Urban Perspective“ 2009 der CPI (Maoist) ist sein strategischer Ansatz. Es ist eine eigentliche Ergänzung bzw. Anpassung des klassischen

langandauernden Volkskrieges an veränderte gesellschaftliche Bedingungen. Das Fehlen dieses Ansatzes in der Vergangenheit war der Grund für die meisten Niederlagen der CPI (Maoist) auf städtischem Territorium. Die indischen Maoisten verfügen seit dem Aufstand in Naxalbari 1970 über reichhaltige Erfahrungen im Kampf in den Städten. In verschiedenen Grossmetropolen wie Durgapur, Coimbatore, Jamshedpur, Dhanbad und vor allem in der zur damaligen Zeit grössten Stadt Indiens, in Kolkotta, verfügte die Partei über beträchtlichen Einfluss und Bedeutung. Die Konzentration auf den Kampf der Stadtguerilla und ein reduziertes Verständnis der Massenmobilisierung führte zu einem kontinuierlichen Verlust des Einflusses in den Städten. 1973, 1978 und 1995 gab es Versuche, neue Richtlinien für die urbane politische Arbeit zu entwickeln. Insbesondere das Dokument von 1973 spielte für die neue Richtung der Parteiarbeit eine wichtige Rolle, doch es war kein umfassendes Papier zur urbanen Arbeit mit strategischen Perspektiven. Im Gegensatz zum Dokument von 2009. Zwar hat der Volkskrieg in den ruralen Gebieten nach wie vor erste Priorität, doch wird die fehlende strategische Konzentration betreffend der urbanen Bewegung im Dokument "Urban Perspective" korrigiert.

Das Dokument gibt einen aussergewöhnlich tiefen Einblick in die Richtlinien zur politischen Arbeit in den städtischen Zentren. Ausgehend von

einer Analyse der gesellschaftlichen Situation, insbesondere der ausgebeuteten und unterdrückten Klassen in den Metropolen und ihren Slums, entwickelten die Maoist_innen sehr differenzierte politische und organisatorische Antworten. Dem Aufbau der klandestinen Parteiorganisation innerhalb der Arbeiter_innenschaft wird zur Mobilisierung der städtischen Massen eine Vielzahl von unterschiedlichen Organisationsmöglichkeiten zur Seite gestellt: Klandestine und offene Massenorganisationen, Fraktionen innerhalb der Gewerkschaften, themenbezogene und permanente Aktionseinheiten usw. Nicht nur die Arbeiter_innen sollen angesprochen und organisiert werden, sondern auch die anderen urbanen ausgebeuteten resp. unterdrückten Klassen. Zentral ist auch die Antizipation der Konterrevolution auf allen Ebenen. Gerade die Vernachlässigung dieses Aspektes hatte in der Vergangenheit zu grossen Verlusten geführt. So werden die politischen Richtlinien mit militärischen Aufgaben koordiniert. Dies reicht vom Selbstschutz der Massenorganisationen zur logistischen Unterstützung der Guerilla Volksarmee bis zu eigenständigen Aktionen einer Stadtguerilla. Differenziert wie die Lage ist, so differenziert soll die revolutionäre Strategie und Taktik sein. Entsprechend dem langandauernden Volkskrieg ist der Kampf der urbanen revolutionären Bewegung nachhaltig und langfristig. Die Integration des städtischen Kampfes in den Volkskrieg ist eine gewalt-

ge, entscheidende Aufgabe. Wie diese Aufgabe in der Praxis bis heute umgesetzt wurde, ist infolge der massiven Unterdrückung von Informationen und der Klandestinität der Partei von aussen schwer zu beurteilen.

Die Beschlüsse am 9. Kongress der CPI (Maoist) waren insbesondere bezüglich der Ausweitung der Urbanisierung und des Anwachsens einer Vielzahl von Megastädten eine Selbstkritik. Den Möglichkeiten des Kampfes unter den ArbeiterInnen in einer Situation von scharfer Trennung der Städte in arme und reiche Gegenden wurde viel zu wenig Beachtung geschenkt. Da der urbane Kampf bis in die Endphase des langdauernden Volkskrieges grundsätzlich defensiven Charakter aufweist, hat die politische Arbeit klandestine und wenn möglich auch legale Formen. Also der politischen Arbeit unter den städtischen Massen ein grösseres Gewicht geben, das sich auch in den Organisationsstrukturen der Partei widerspiegeln soll. Dennoch benötigt sogar diese defensive urbane Bewegung eine militärische Organisationsform der bewaffneten Verteidigung der urbanen Massen vor den Feinden des Volkes. Als politische Konsequenz daraus bestimmte die Partei die folgenden militärischen Aufgaben für die urbanen Kämpfer_innen:

- 1) die militärische Verteidigung der städtischen Bewegungen.
- 2) die Hilfe für den ländlichen, bewaffneten Kampf durch die urbane Organisation.

3) direkte militärischen Operationen, geleitet von einem zentralen Stab.

Einige Industrien wie die des Transports, der Kommunikation, der Energie (vor allem Öl und Erdgas), des Bergbaus und der Rüstung spielen im Volkskrieg für die Herrschenden eine strategische Rolle. Störungen der Produktion in diesen Industrien haben eine sofortige Auswirkung auf die Fähigkeit ihres Feindes, den Krieg zu führen. Wenn politische Kämpfe in solchen Industrien mit der Entwicklung von Sabotageaktionen kombiniert werden, wird der Volkskrieg sehr effektiv unterstützt. Solche Operationen werden normalerweise erst in bestimmten Phasen des Volkskrieges notwendig und möglich. Eine langfristige Vorbereitung dazu ist schon heute angebracht. Das heisst, dass von Anfang an Gewicht auf die Platzierung von Kadern in diesen Industrien gelegt werden muss. Also hohe Priorität der Politisierung der Arbeiter_innen in diesen Industrien. In gewissen Grossstädten haben die Maoist_innen zu diesem Zweck starke Arbeiterklasse-Organisationen, welche im gesamtindischen Kampf eine entscheidende Rolle spielen können.

An den ökonomischen und politischen Ursachen der indischen Revolution und damit an der Legitimation des Volkskrieges, hat sich auch 2026 grundsätzlich nichts verändert. Und damit auch nichts an der Notwendigkeit, den Imperialismus bei uns revolutionär zu bekämpfen.

**Who is the problem,
the CPI Maoist or the Indian State?**

